



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 31.05.2024 bis 07.06.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Australien: Christentum in Australien	4
Deutschland: Auf dem Katholikentag stellten sich mehrere Vertreterinnen kleiner Kirchen vor	5
Deutschland: Ein aramäischer Christ wollte Attentäter stoppen	6
Deutschland: Islamisten-Terror- Große Trauer um getöteten Polizisten	7
Deutschland: Keine weiteren Abschiebungen aus Kirchenasyl	9
Deutschland: Mittlerweile zwölf Anschläge auf freikirchliches Café	10
Deutschland: Solidarisch mit Stürzenberger - Religionskritik muss erlaubt sein	11
Elfenbeinküste: Methodisten der Elfenbeinküste verlassen weltweite EmK	13
Eritrea: Orthodoxer Priester seit fast 20 Jahren in Haft	14
Eritreia: 20 Jahren Haft für eritreische Pastoren	16
Frankreich: Über 25.000 Teilnehmer beim „Marsch für Jesus“ in Paris	17
Gaza: Bisher 36 Christen infolge des Kriegs im Gaza-Streifen gestorben	18
Haiti: Drei christliche Missionare getötet	19
Indien: Partei von di Narendra Modi büßt Stimmen ein	20
Indien: Witwe von Mordopfer flieht aus dem Dorf	21
Iran: 21 Jahre Haftstrafe für kurdische Frauenrechtsaktivistin	23
Iran: Verlegung in Einzelhaft aufgrund von Kritik an Bettwanzen im Gefängnis	24
Israel: Lage im Norden spitzt sich zu	25
Israel: Tod von vier weiteren Geiseln bestätigt	26
Israel: Zuspruch für „Zwei-Staaten-Lösung“ rückläufig	27
Kasachstan: Razzien in mehreren evangelikalen Gemeinden	28
Nigeria: Pfarrer Oliver Buba freigelassen	29
Pakistan: Christ bei gezieltem Angriff schwer verletzt	30
Pakistan: Christ erliegt schweren Verletzungen	31
Pakistan: Christ in Säure-Attacke brutal getötet	32
Pakistan: Christ stirbt neun Tage nach Mob-Angriff	34
Pakistan: Gericht erzwingt „Islam“-Eintrag im Personalausweis eines Christen	35
Russland: Genehmigung von Dokumenten	37
Russland: Kirche droht Abriss als Ort „an dem wiederholt Verbrechen begangen wurden“	38
Südafrika: ANC verliert absolute Mehrheit	39
Sudan: Christen fühlen sich vergessen	40

Sudan: Ein dauerhafter Waffenstillstand ist dringend erforderlich	41
Sudan: Konflikt nimmt ethnische Dimension an	42
Syrien: "Die meisten Christen werden an den geplanten Kommunalwahlen nicht teilnehmen"	43
Weltweit: Selbstzensur –ein gefährlicher Trend	44

# Australien: Christentum in Australien

Eine aktuelle Studie zeigt, dass die Zahl der Gemeindegründungen in Australien in den letzten fünf Jahren zurückgegangen ist. Nur ein Prozent der australischen Kirchen gründete neue Gemeinden. Sieben von zehn Gemeinden schrumpften, und von den verbleibenden 30 Prozent verzeichneten nur wenige starke Gemeinden einen Mitgliederzuwachs. Obwohl jedes Jahr etwa fünf Prozent der Kirchen geschlossen werden, geben etwa 60 Prozent der Bevölkerung an, an Gott oder eine "höhere Macht" zu glauben. Etwa 20 Prozent bezeichneten sich als Atheisten. Australien braucht mehr gesunde Gemeinden, die die Gute Nachricht und die Liebe Jesu zu Menschen bringen, die ihn nicht kennen.

Quelle: *New Life*/WORLDNEWS 306 /bearbeitet und übersetzt AKREF

# Deutschland: Auf dem Katholikentag stellten sich mehrere Vertreterinnen kleiner Kirchen vor

## Armenische Kirche: „Armenier sein heißt Christ sein“

Erfurt (IDEA) – Für Angehörige der Armenisch-Apostolischen Kirche gehören Volk und Kirche bis heute eng zusammen. Das betonte die Professorin für Armenische Studien, Armenuhi Drost-Abgarjan an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg am 31. Mai beim 103. Katholikentag in Erfurt. Sie sprach bei einem offenen Gesprächs- und Frageformat, in dessen Rahmen sich Besucher über verschiedene christliche Glaubensgemeinschaften informieren konnten. Die Veranstaltung im Erfurter Augustinerkloster stand unter dem Titel „Die Zukunft der Kirche ist ökumenisch“. In drei Runden waren dabei jeweils 20 Minuten Zeit, um der Vertreterin einer Denomination Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen. Drost-Abgarjan stellte dabei die Armenisch-Apostolische Kirche vor, die in Deutschland 16 Gemeinden hat. Ihr zufolge sind im Entstehungsland der Armenisch-Apostolischen Kirche Volk und Kirche bis heute eins: „Armenier sagen: ‚Armenier sein heißt Christ sein‘“. Zwar gebe es Gemeinsamkeiten zur koptischen, orthodoxen und auch römisch-katholischen Kirche – so etwa die Ablehnung von Frauen im Priesteramt. Gleichzeitig unterschieden sich Riten und Kirchengestaltung. So feierten armenisch-apostolische Christen Weihnachten nicht im Dezember, sondern am 6. Januar und armenische Kirchen seien in der Regel bildlos und hätten auch keinen Altar. Trotz aller Unterschiede steht für Drost-Abgarjan aber fest: „Die Armenier haben den Wunsch, dass Kirche wieder eins ist.“

## SELK: „Sakramentsfrömmigkeit“ als zentrales Element

Für die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) stellte sich Andrea Grünhagen (Hannover) den Fragen der Teilnehmer. Sie nannte als größten Schatz und Alleinstellungsmerkmal ihrer in Deutschland ca. 30.000 Mitglieder zählenden Denomination die „Sakramentsfrömmigkeit“. So werde beispielsweise das Abendmahl sehr hoch geschätzt und in einigen Gemeinden jeden Sonntag gefeiert. Auch mit ihrer Vielfalt in der Gottesdienstgestaltung – vom feierlich-liturgischen Gottesdienst mit modernen Elementen bis zur ganz traditionellen Messe – schaffe es die vergleichsweise kleine Kirche, verschiedene Zielgruppen anzusprechen. Nicht zuletzt sieht Grünhagen auch in der Entstehungsgeschichte der SELK, deren Vorgängerkirchen sich im 19. Jahrhundert von den evangelischen Landeskirchen abgespalten hatten, ein gutes Vorbild dafür, wie Christen heute zu mehr Gemeinschaft finden können: „Über den Weg des Austauschs, des Gesprächs und der Klärung“.

## Mennoniten: Radikaler Pazifismus und keine Sakramente

Als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden war Astrid von Schlachta (Hamburg) vor Ort. Sie erläuterte, dass zu den Merkmalen der Freikirche die strikte Trennung von Obrigkeit und Kirche, die Eidesverweigerung sowie das Eintreten für Gewaltfreiheit gehörten. Gerade letzterer Grundsatz werde angesichts des Krieges in der Ukraine hochgehalten – zugleich aber auch diskutiert und in den Gemeinden unterschiedlich bewertet. Die offizielle Position der Mennoniten in Deutschland lautet von Schlachta zufolge aber weiterhin: „Für Wehrfreiheit und gegen Waffenlieferungen“. Als weitere Merkmale der in Deutschland aktuell etwa 4.000 Mitglieder zählenden Gemeinschaft nannte die Expertin eine Taufe erst bei Mündigkeit, die starke Rolle des Ehrenamts sowie das Fehlen von Sakramenten. Das ökumenische Gesprächsformat wurde vorbereitet von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Thüringen und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Ein weiteres Treffen wird sich der Heilsarmee sowie der neapostolischen und orthodoxen Kirche widmen. Der 103. Deutsche Katholikentag mit rund 20.000 Teilnehmern und über 500 Veranstaltungen findet noch bis zum 2. Juni in Erfurt statt. Er steht unter dem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ (Psalm 37,37b). Veranstalter ist das Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

# Deutschland: Ein aramäischer Christ wollte Attentäter stoppen

**Mannheim: Der Mann aus dem Irak betete: „Gott, gib mir die Kraft!“ – Selbst verletzt**

Mannheim (IDEA) – Ein aramäischer Christ aus dem Irak hat offenbar noch versucht, den islamistischen Attentäter von Mannheim zu stoppen. Das geht aus Äußerungen des Augenzeugen gegenüber Reportern hervor. Der Mann, der namentlich nicht genannt sein will, wird mit den Worten zitiert: „Ich habe gesagt: Gott, gib mir die Kraft!“, als er den Angreifer mit der Hand nach unten auf den Boden drückte. Doch der Attentäter habe sich gewehrt. „Ich habe Schläge auf meinen Kopf bekommen.“ Deshalb habe er losgelassen. Ein 25-jähriger afghanischer Islamist hatte am 31. Mai auf dem Marktplatz den Islamkritiker Michael Stürzenberger und andere Mitglieder der Bürgerbewegung „Pax Europa“ angegriffen und verletzt. Dabei verwundete er den Polizeibeamten Rouven L. mit einem Kampfmesser so schwer, dass dieser am 2. Juni seinen Verletzungen erlag. Bei der Messerattacke wurden insgesamt sieben Menschen verletzt, darunter auch der Aramäer aus dem Irak. Er musste wegen drei Messerstichen im Krankenhaus behandelt werden. Das Nachrichtenportal NIUS veröffentlichte auf dem Nachrichtendienst X ein Foto des Mannes mit den Worten: „Das ist der Held, der den Messer-Mörder Sulaiman A. festhielt.“

# Deutschland: Islamisten-Terror- Große Trauer um getöteten Polizisten

## Christliche Polizeivereinigung: Wir beten für Betroffene, aber auch für

Mannheim (IDEA) – Mit Bestürzung und großer Trauer hat die Christliche Polizeivereinigung (CPV) auf die Ermordung eines jungen Polizisten durch einen mutmaßlichen islamistischen Attentäter reagiert. Ein 25-jähriger Afghane hatte am 31. Mai den Beamten Rouven L. von hinten mit einem Kampfmesser in Hals und Kopf gestochen. Der Polizist erlag am 2. Juni seinen schweren Verletzungen. Die Tat ereignete sich vor Beginn einer Kundgebung der islamkritischen „Bürgerbewegung Pax Europa“. Der Attentäter hatte zunächst deren Aktivisten Michael Stürzenberger mit dem Messer attackiert und ihn schwer verletzt. Der Angreifer verletzte vier weitere Personen und wurde schließlich durch den Schuss eines Polizisten außer Gefecht gesetzt. Dabei wurde auch der Täter schwer verwundet. Bei ihm soll es sich mutmaßlich um Sulaiman A. handeln, der seit 2013 in Deutschland lebt. Der CPV-Vorsitzende, Erster Kriminalhauptkommissar Holger Clas (Hamburg), sagte auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA: „Die Betroffenheit in der Bevölkerung und bei den Kollegen über diesen heimtückischen Angriff ist sehr groß. Wir beten für die Lebensgefährtin des Opfers, dessen Angehörige, für die Verletzten, für die bei dem Einsatz traumatisierten Polizisten, aber auch für den Täter, auch wenn uns Letzteres in der jetzigen Situation sehr schwerfällt. Aber Jesus hat uns geboten, auch für die Feinde zu beten.“ Clas zufolge steht die Polizei solchen Angriffen relativ ohnmächtig gegenüber. Der getötete Polizist habe eine Schutzweste getragen, aber dennoch tödliche Verletzungen erlitten. Clas: „Die Polizei kann das Problem des Islamismus nicht lösen.“ Hier sei die Politik gefragt. Auf der [Facebookseite](#) der CPV gingen bisher 196 Kommentare (Stand: 3. Juni, 17 Uhr) ein, in denen die Verfasser meist kondolieren, zum Teil aber auch kritische Fragen stellen. So äußert ein Nutzer: „Wann hört man endlich auf, die Kritiker der Einwanderungspolitik und die Islamkritiker als rechtsextrem zu titulieren? Messerangriffe gehören in Deutschland leider schon lange zum Alltag.“ Eine Kommentatorin schreibt: „Wir müssen mehr für unsere Polizei beten.“

## Schröter: Nicht an solche Zustände gewöhnen

Der Anschlag löste eine Vielzahl weiterer Reaktionen aus. Die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, Prof. Susanne Schröter, fragte auf X (vormals Twitter): „Sollen wir uns an so etwas gewöhnen? So wie an die Verherrlichung der Hamas an den Unis? Oder an den Antisemitismus in Schulen? Oder an die Bedrohung von Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum? Oder an die Einschüchterung liberaler Muslime? Oder an Gewalt ‚im Namen der Ehre‘?“ Der Historiker und Politikexperte Andreas Rödder (Mainz) sagte gegenüber „Bild“: „Je mehr Probleme in Zusammenhang mit Migration sichtbarwerden, desto stärker wird der Zulauf zu den Parteien, die Abhilfe versprechen. Ich zweifle, dass die Parteien der Mitte verstanden haben, was sich hier zusammenbraut.“

## Bilger (CDU): Gewaltbereite Islamisten haben in Deutschland nichts zu suchen

Der bekennende evangelische Christ und baden-württembergische CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger erklärte gegenüber IDEA, der Vorfall zeige einmal mehr, dass gewaltbereite Islamisten ein Problem mit der Meinungsfreiheit hätten. „Sie müssen erkennen, dass sie mit so einer Einstellung in Deutschland nichts zu suchen haben.“ Entsprechend konsequent müssten Politik und Behörden gegenüber solchen Personen und ihren Unterstützern vorgehen.

## Mannheim: „Die Stimmung ist aufgeheizt“

Der Vorsitzende des christlichen Netzwerks „Gemeinsam für Mannheim“ (ehemals Evangelische Allianz Mannheim), Ulrich Holl, berichtete auf IDEA-Anfrage, dass die Stimmung in der Stadt seit Monaten aufgeheizt sei. Seit dem [Terrorangriff](#) der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 fänden regelmäßig propalästinensische Demonstrationen statt. „Inzwischen haben wir fast jeden Samstag solche Proteste.“ Mittlerweile würden sie nahezu ausschließlich von Muslimen dominiert. Die Teilnehmer kämen zudem laut Recherchen lokaler Medien nicht nur aus Mannheim, sondern auch aus der Pfalz und Südhessen. „Da spricht ja in einer Demokratie nichts dagegen. Aber die Teilnehmer treten oft sehr hasserfüllt auf.“ Der Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober werde von ihnen überhaupt nicht thematisiert. „Viele Muslime sehen nur die eine Seite und leben in ihrer eigenen Blase.“ Die Saat des Hasses, die auf diesen Demonstrationen ausgestreut worden sei, habe nun Früchte getragen.

## Kritik an „Tagesschau“-Bericht

Das Nachrichtenportal NIUS (Berlin) kritisierte die Berichterstattung über den Anschlag in der ARD-„Tagesschau“ vom 31. Mai: „Die Ereignisse aus Mannheim kamen in der Nachrichtensendung zwar vor, aber eher als Nebengeräusch. Der Beitrag dauerte insgesamt 1 Minute und 40 Sekunden. Zum Vergleich: Die Berichterstattung über die Jugend von Sylt, die ‚Ausländer raus‘ gegrölt hatte, dauerte 2 Minuten und 12 Sekunden an.“ Die Nachricht aus Mannheim sei erst an sechster Stelle gekommen, „obwohl sie den Tag über das bestimmende Ereignis war“. Für wichtiger habe es die „Tagesschau“ gehalten, etwa über Demonstrationen für mehr Klimaschutz zu informieren. In dem Beitrag sei außerdem kein einziges Mal das Wort „islamistischer Terroranschlag“ gefallen.



# Deutschland: Keine weiteren Abschiebungen aus Kirchenasyl

## Niedersachsen: Innenministerin vermittelt Gespräch zwischen Kirchen und BAMF

Hannover (IDEA) – Das Land Niedersachsen will künftig keine Flüchtlinge mehr abschieben, die sich im Kirchenasyl befinden. Das erklärte die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens (SPD) nach einem Gespräch mit Vertretern der evangelischen Kirche und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Hannover. Anlass für das Gespräch war der [Bruch](#) eines Kirchenasyls im niedersächsischen Bienenbüttel. Dort hatte die Polizei eine vierköpfige Familie aus Russland aus einer Gemeindefwohnung geholt und nach Spanien abgeschoben. Die Zahl der Kirchenasylfälle ist in den vergangenen Monaten stark [gestiegen](#). Dabei handelt es sich meistens um sogenannte „Dublin-Fälle“. In solchen Fällen droht den Flüchtlingen nicht die Abschiebung in ihr Heimatland, sondern in ein anderes europäisches Land. Gemäß dem Dublin-Übereinkommen aus den 1990er-Jahren müssen Flüchtlinge in dem Land einen Asylantrag stellen, das sie in der EU zuerst betreten haben.

## Verständnis von Härtefällen neu austarieren

Gemäß einer Übereinkunft zwischen den Kirchen und dem BAMF aus dem Jahr 2015 sind die Kirchen verpflichtet, für jeden Fall von Kirchenasyl ein Härtefalldossier bei dem Bundesamt einzureichen. Nach der Prüfung lehnt das BAMF die Annahme eines Härtefalls aber meistens ab. Die Landesregierung respektiere das Kirchenasyl, sei in solchen Fällen aber gesetzlich verpflichtet, die Entscheidungen des BAMF umzusetzen, erklärte Behrens. Auf ihre Vermittlung hin werde es zeitnah Gespräche zwischen den Kirchen und dem Bundesamt geben. Dabei solle „insbesondere das Verständnis von Härtefällen, für die die Anwendung des Kirchenasyls in Frage kommt, neu austariert werden“.

# Deutschland: Mittlerweile zwölf Anschläge auf freikirchliches Café

## Leipzig: Täter warfen Fenster ein und besprühten das Gebäude mit hetzerischen Parolen

Leipzig (IDEA) – In Leipzig haben Unbekannte mittlerweile den zwölften Anschlag auf das freikirchliche „Stay“-Café (Bleib doch-Café) verübt. Die freikirchliche Gemeinde „Zeal Church“ hatte das Café im Stadtteil Reudnitz am 24. September 2023 eröffnet. Die Gemeinde will nach eigenen Angaben „Gottes eifernde Liebe repräsentieren“ (Englisch Zeal heißt übersetzt Eifer). Bereits einen Monat nach der Eröffnung kam es zur [ersten Attacke](#) auf das Gebäude – fünf Tage später (29. Oktober) zur [zweiten](#). Am 13. Mai dieses Jahres kam es zum zwölften Anschlag. Das berichtet der Pastor der Gemeinde, René Wagner, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Dieses Mal sei es ein besonders massiver Graffiti-Anschlag gewesen. „Die Täter haben heftige Worte benutzt“, sagte Wagner. Auf den Fenstern steht „Fundis abtreiben“. Außerdem sei die rote Farbe schwer wegzubekommen. Insgesamt zerstörten die Täter bisher vier Fensterscheiben und besprühten das Café mit hetzerischen Parolen.

Der Gesamtschaden belaufe sich auf 6.000 bis 7.000 Euro. Dabei sei der wirtschaftliche Schaden viel gravierender. „Es hat uns viele Gäste gekostet“, so der Pastor. Beim ersten Anschlag hatte es ein anonymes Bekenner schreiben mutmaßlich linksextremer Täter gegeben. Darin wird der Gemeinde „Queerfeindlichkeit und Antifeminismus Programm“ vorgeworfen. Sie berufe sich „stolz auf konservative Werte und gibt offen zu, dass sie keinen Bock hat, homosexuelle Paare zu trauen“. Laut Polizei gebe es wenig Hoffnung, die Täter zu fassen, so Wagner. Trotz allem und umso mehr halte die Gemeinde an diesem Projekt fest. „Unser Herz ist es, diesen Stadtteil zu segnen, einen Unterschied zu machen und die Menschen zu lieben“, so Wagner.

# Deutschland: Solidarisch mit Stürzenberger - Religionskritik muss erlaubt sein

## Abdel-Samad zum „Terrorakt“: Dankbar für Polizeischutz

Mannheim/Karlsruhe (IDEA) – Nach dem [Attentat](#) auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger in Mannheim und den dabei getöteten [Polizisten](#) hat es weitere öffentliche Reaktionen gegeben. Zum Hintergrund: Der 25-jährige afghanische Angreifer hatte am 31. Mai Stürzenberger und mehrere andere Menschen auf dem Mannheimer Marktplatz verletzt und schließlich den Beamten Rouven L. von hinten mit einem Kampfmesser in Hals und Kopf gestochen. Der Polizist erlag am 2. Juni seinen schweren Verletzungen. Der aus Ägypten stammende Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schrieb als Reaktion auf seiner Facebook-Seite, dass ihn der „Terrorakt von Mannheim“ erschüttert habe. Das gelte insbesondere, da er selbst auf Polizeischutz angewiesen sei, wenn er einen Vortrag halte, aber auch wenn er einkaufen oder spazieren gehe. Als ihn die Nachricht vom Tod des Polizisten erreicht habe, sei er „richtig emotional“ geworden, wie Abdel-Samad schreibt. „Jedes Mal, wenn ich die Bühne betrete, um eine Rede zu halten, schaue ich auf die Personenschützer und bin dankbar, dass sie ihr eigenes Leben riskieren, um mich vor Angreifern zu schützen. Mir ist immer bewusst, dass wir das gleiche Schicksal teilen.“ Sein Herz sei bei allen Opfern und ihren Angehörigen. „Ich mache keinen Unterschied zwischen rechts und links, zwischen Polizei und Passanten. Wir sitzen alle im selben Boot und haben es mit Feinden der Freiheit zu tun.“

## Jede Form von Gewalt ist ein Angriff auf die Demokratie

Auch Michael Stürzenberger habe seine Solidarität, so Abdel-Samad weiter. „Mir gefällt nicht, wie er über Muslime redet, und das habe ich ihm auch persönlich gesagt, als er mich vor 14 Jahren um ein Interview bat.“ Jede Form von Religionskritik müsse erlaubt sein, „aber wenn es um Menschen geht, sollte man auf Beleidigungen und Herabwürdigungen“ verzichten. Trotzdem verurteile er den Angriff auf den Islamkritiker. „Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt Gewalt gegen jemanden, der nur Worte benutzt. Wenn wir es ernst meinen mit der offenen Gesellschaft, dann müssen wir jede Form von Gewalt als Angriff auf die Demokratie begreifen, egal ob sie von rechts, links oder von Migranten kommt. Dass wir das immer wieder betonen müssen, zeigt, dass wir ein Problem haben!“

## Landesbischöfin: „Religion darf niemals ein Grund für Gewalt sein“

Die badische Landesbischöfin Heike Springhart (Karlsruhe) forderte in einer Pressemitteilung dazu auf, sich aktiv gegen Hass und Extremismus jeglicher Art zu stellen: „Die tödliche Messerattacke in Mannheim, der ein junger Polizist zum Opfer gefallen ist, und eine Woche zuvor die Nachricht über das geplante Attentat auf die Synagoge in Heidelberg – beides hat uns alle tief erschüttert“, so Springhart. „In Zeiten wie diesen, in denen Hass und Gewalt immer präsenter werden, ist es wichtiger denn je, einander mit Respekt und Empathie zu begegnen.“ Religion dürfe niemals ein Grund für Gewalt sein, sondern sei eine Quelle der Hoffnung, des Trostes und des Zusammenhalts. „Egal welchem Glauben wir angehören, wir alle teilen die gleiche Menschlichkeit.“ Es sei wichtig, Vorurteile abzubauen, sich über andere Religionen zu informieren und den Dialog zu suchen. Indem man sich für eine Kultur der Toleranz und des Respekts einsetze, könne man dazu beitragen, „dass sich solch schreckliche Ereignisse wie die Messerattacke in Mannheim nicht wiederholen“. Dass am Montag auf dem Mannheimer Marktplatz rund 8.000 Menschen am interreligiösen Friedensgebet teilgenommen und dort gemeinsam ihrer Trauer und Fassungslosigkeit Ausdruck verliehen hätten, sei in diesem Zusammenhang ein deutliches Zeichen der Hoffnung.

## **Mannheimer Pfarrerin befürchtet „Riss in der Mitte der Gesellschaft“**

Die evangelische Pfarrerin Ilka Sobottke, deren Kirche nur wenige Meter vom Marktplatz entfernt liegt, äußerte gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR) die Befürchtung, dass infolge des Attentats ein Riss „in der Mitte unserer Gesellschaft“ entstehe. Menschen wie der Attentäter hätten aus ihrer Sicht eine bestimmte Art „des bunten Miteinanders auf dem Kieker“. In Mannheim lebten Menschen verschiedener Kulturen und Religionen gut zusammen. Die Situation für die Muslime in der Stadt sei jetzt sehr schwierig, weil sie befürchten müssten, in irgendeiner Art für die Tat verantwortlich gemacht zu werden. Einerseits gebe es „die Polarisierer, die die Weltlage nutzen, um laut zu brüllen und Gräben aufzureißen“. Andererseits gebe es die, die „lieber mal drei Schritte zurück machen und versuchen, miteinander im Gespräch zu bleiben“. Diejenigen, die die Messerattacke im Internet feierten, missbrauchten die Religion für ihre Zwecke. Und genau das kritisierten laut Sobottke auch fast alle Moscheegemeinden in Mannheim. Das ändere aber nichts daran, dass manche Christen oder Juden in der Stadt „Angst haben“. Denn es gebe tatsächlich „diese radikalisierten Personen“, die aber kaum „dingfest“ zu machen seien. Sobottke berichtete dem SWR weiter, dass es in Mannheim seit vielen Jahren einen intensiven Austausch zwischen Christen, Juden und verschiedenen Gruppen von Muslimen gebe. „Wir hören auf die Gedanken und die Gefühle der anderen und versuchen, wirklich Verständnis füreinander zu haben.“

# Elfenbeinküste: Methodisten der Elfenbeinküste verlassen weltweite EmK

Hintergrund ist die Einführung der Ordination Homosexueller

Abidjan (IDEA) – Die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) des westafrikanischen Landes Elfenbeinküste trennt sich von der weltweiten EmK. Grund ist die Entscheidung der EmK-Generalkonferenz, die Ordination von praktizierenden Homosexuellen zu [erlauben](#). Daran hatte es viel [Kritik](#) insbesondere vonseiten der afrikanischen Delegierten gegeben. Zum Hintergrund: Aufgrund des schwelenden [Streits](#) über den Umgang mit praktizierter Homosexualität hat bereits etwa ein Viertel der Gemeinden in den USA die EmK verlassen. Ein Teil hat sich inzwischen der theologisch konservativen [Global Methodist Church](#) (GMC) angeschlossen, die sich im Mai 2022 gegründet hatte. Auch in Europa haben sich einige Gemeinden von der EmK getrennt. Wie die Internetplattform „La Croix“ (Das Kreuz) berichtet, hat nun auch die Jahreskonferenz der EmK der Elfenbeinküste bei einer außerordentlichen Sitzung am 28. Mai in Abidjan beschlossen, die Kirche zu verlassen. Die dortige EmK, die sich erst 2002 der weltweiten EmK angeschlossen hatte, teilte in diesem Zusammenhang mit, dass die Generalkonferenz mit ihrer Entscheidung von der Heiligen Schrift abgewichen sei und es vorziehe, „ihre Ehre und Integrität zu opfern, um die LGBTQ-Gemeinschaft zu ehren“ (die englische Abkürzung steht für mehrere sexuelle Minderheiten). Die EmK der Elfenbeinküste hat schätzungsweise eine Million Mitglieder in etwa 850 Gemeinden. Die weltweite EmK ist Teil des Weltrates Methodistischer Kirchen, der über 70 Kirchen mit mehr als 51 Millionen Mitgliedern umfasst. Die EmK hatte nach eigenen Angaben im Jahr 2019 weltweit über zwölf Millionen Mitglieder in mehr als 32.000 Gemeinden. Neuere Angaben liegen nicht vor.



## Eritrea: Orthodoxer Priester seit fast 20 Jahren in Haft

Gefangener des Monats Juni - Es gab nie ein Gerichtsurteil gegen Fitsum Ghebrenigus



Fitsum Ghebrenigus - Gefangener des Monats Juni / Foto: IGFM/privat

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Zum „Gefangenen des Monats Juni 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den eritreisch-orthodoxen Priester Fitsum Ghebrenigus benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den seit fast 20 Jahren Inhaftierten einzusetzen. Ghebrenigus, der auch ein im Land bekannter Psychiater ist, wurde am 19. November 2004 festgenommen, nachdem er der Einladung des eritreischen Gesundheitsministeriums zu einem Vortrag gefolgt war. Aus Kreisen von Exil-Eritreern erfuhr die IGFM, dass er wegen seines Engagements bei der staatlich unterdrückten Erneuerungsbewegung „Medhane Alem Bibelstudien-Gruppe“ in der Hauptstadt Asmara ins Visier des Staates geraten war. Bereits im März 2014 stellten IGFM und IDEA seinen Fall erstmals vor und baten um Unterstützung für ihn im Rahmen der Aktion „Gefangener des Monats“. Zu Beginn des Jahres 2024 wurde bekannt, dass der Vater eines Sohnes weiterhin im berüchtigten Zentralen Strafvermittlungszentrum Wengel Mermera festgehalten wird. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den seit Mai 1993 herrschenden Diktator Isayas Afewerki erneut die Freilassung des Priesters zu fordern. Verbunden damit ist die Bitte, für ihn zu beten. Die eritreisch-orthodoxe Kirche gehört neben der lutherischen und der katholischen Kirche zu den wenigen in Eritrea noch zugelassenen Glaubensgemeinschaften. Sie stehen jedoch sämtlich unter strenger Beobachtung. Von den rund sechs Millionen Einwohnern sind etwa 52 Prozent Muslime und 47 Prozent Christen.

## MUSTERBRIEF AN DIE BOTSCHAFT

An den Präsidenten des Staates Eritrea

Isayas Afewerki

c/o Botschaft des Staates Eritrea

Stavangerstrasse 18

10439 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich an Sie, um auf das Schicksal des eritreisch-orthodoxen Christen Fitsum Gebrenegus aufmerksam zu machen. Er ist ein Priester seiner Kirche und arbeitete als Psychiater. Im November 2004 brach er auf Einladung des eritreischen Gesundheitsministeriums zu einer Tagung auf, bei der er einen Vortrag über seine Forschungen halten sollte. Als er am Veranstaltungsort ankam, wurde er dort festgenommen. Seit 19. November 2004 befindet er sich ohne Gerichtsurteil im Gefängnis. Er war nicht nur ein herausragender Fachmann für Psychiatrie, sondern auch als Priester in seiner Kirche sehr engagiert.

Da Eritrea im Jahr 2002 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifizierte, bitte ich Sie, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diesen Christen freizulassen. Darüber hinaus bitte ich um Mitteilung über seinen Gesundheitszustand.

Hochachtungsvoll

# Eritreia: 20 Jahren Haft für eritreische Pastoren

IIRF-D/BA/Tübingen/06.06.24 - Es ist 20 Jahre her, dass die eritreische Regierung die Pastoren Haile Nayzgi und Dr. Kiflu Gebremeskel am 23. Mai 2004 verhaftet hat (wir berichteten u.a. [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Seitdem sind sie ohne Gerichtsverfahren inhaftiert.

Ein dritter christlicher Führer, Pastor Meron Gebreselasie, wurde einen Monat später verhaftet.

Die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hat die Regierung der Vereinigten Staaten dringend aufgefordert, sich für die sofortige Freilassung der Männer einzusetzen.

Der Kommissar der USCIRF, Frank Wolf, bezeichnete es als „unverzeihlich“, dass die drei Pastoren „weiterhin unter schrecklichen Bedingungen inhaftiert sind“. Sie werden im Wengel Mermera Central Criminal Investigation Centre festgehalten, einer Hochsicherheitseinrichtung in der eritreischen Hauptstadt Asmara.

In ihrem jüngsten Jahresbericht berichtet die USCIRF, dass im Jahr 2023 mindestens 500 Christen in Eritrea mit „extrem langen Haftstrafen und harten Haftbedingungen“ konfrontiert waren.

Inzwischen ist ein weiterer eritreischer Pastor, Ghirmay Araya, gestorben, nachdem er fast drei Jahre lang im selben Hochsicherheitsgefängnis inhaftiert war.

Ghirmay Araya und ein weiterer Pastor, Samuel Okbamichael, wurden in der gleichen Nacht im Juli 2021 in ihren Häusern verhaftet. Beide Pastoren waren zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung Mitte 70 Jahre alt.

Die autoritäre marxistische Regierung Eritreas übt eine strenge Kontrolle über die Bevölkerung aus, die etwa zur Hälfte aus Christen und Muslimen besteht. Gesetzlich zugelassen sind nur drei christliche Konfessionen - die eritreisch-orthodoxe, die römisch-katholische und die lutherische - sowie der sunnitische Islam. Selbst die gesetzlich zugelassenen Konfessionen können eingeschüchert und schikaniert werden, und im Jahr 2023 hat der Druck auf sie zugenommen.

Christen, die verbotenen Konfessionen angehören, sind besonders betroffen und werden willkürlich verhaftet und zu langen Haftstrafen verurteilt, oft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/grim-20-year-imprisonment-milestone-for-eritrean-pastors-as-another-chri/>



# Frankreich: Über 25.000 Teilnehmer beim „Marsch für Jesus“ in Paris

**Rekord: Das gesamte evangelikal-protestantische Spektrum war vertreten**

Paris (IDEA) – Mehr als 25.000 Christen sind in der französischen Hauptstadt Paris beim „Marsch für Jesus“ auf die Straße gegangen – so viele wie noch nie. Christen verschiedener Konfessionen fluteten die Straßen unweit des Eiffelturms, um ein Zeichen ihres Glaubens zu setzen. Mehrere Tausend Christen versammelten sich außerdem in Lille, Nantes, Metz und Straßburg. Der Initiator des Marsches, Pastor Gilbert Léonian, erklärte gegenüber dem christlichen Nachrichtenportal „Info Chretienne“, dass man sich bewusst für das gesamte evangelikal-protestantische Spektrum geöffnet habe. „Meine Aufgabe als Koordinator ist es, die Einheit zu bewahren und uns um Jesus zu scharen.“ Der Schweizer Pastor und Evangelist Jean-Luc Trachsel (Oron-la-Ville/Kanton Waadt) betonte bei der Veranstaltung: „Wir glauben, dass für diese Stadt, diese Nation, diesen Kontinent und diese Generation Gottes Zeit für die größte Erweckung und Ernte in der Geschichte gekommen ist.“ Er zeigte sich begeistert über die bunte Vielfalt an anwesenden Christen. Trachsel: „Wenn wir die Welt berühren wollen, gibt es eine Bedingung: Wir müssen uns gegenseitig lieben, wie Christus uns geliebt hat.“ Abschluss der Veranstaltung war ein Konzert der Freikirche Hillsong Frankreich und der katholischen Band „Glorious“. Der „Marsch für Jesus“ findet in zahlreichen Städten zu unterschiedlichen Zeiten weltweit statt, seit 1991 auch regelmäßig in Frankreich. 2023 nahmen rund 15.000 Menschen in Paris teil, sowie gleichzeitig etwa 3.000 weitere in Lille, Nantes, Metz und Straßburg.

# Gaza: Bisher 36 Christen infolge des Kriegs im Gaza-Streifen gestorben

## Katholischer Priester: Menschen ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit helfen

Gaza/Bethlehem (IDEA) – Auch Christen sind unter den Opfern des Kriegs zwischen Israel und der Terrormiliz Hamas. Das sagte der Geschäftsführer des römisch-katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“, Florian Ripka (München), der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA auf Anfrage. Er berief sich dabei auf den Pfarrer der katholischen Gemeinde „Heilige Familie“ in Gaza-Stadt, Gabriel Romanelli, der am 15. Mai dorthin zurückgekehrt war. Der argentinische Geistliche hielt sich zum Zeitpunkt des Hamas-Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 in Bethlehem auf und konnte wegen der anschließenden Grenzsicherungen vorerst nicht zurückkehren. Bei dem Terrorangriff waren auch vier philippinische Katholiken getötet worden, die in Israel als Arbeitsmigranten tätig waren. Nach Romanellis Angaben sind bei den anschließenden Kämpfen zudem bisher 36 Christen im Gaza-Streifen ums Leben gekommen: „20 wurden durch Bomben und Scharfschützen getötet. Die übrigen starben aufgrund von fehlenden Medikamenten.“

## Hilfe für Menschen in der Nachbarschaft

Die katholische Gemeinde „Heilige Familie“ in Gaza-Stadt kümmert sich um etwa 500 Personen, die in ihren Räumen Schutz gesucht haben. Nach den Worten von Romanelli versorgt die Gemeinde außerdem auch „tausende Menschen in der Nachbarschaft“. Man liefere Wasser, Nahrungsmittel und Medikamente. Die Hilfslieferungen würden vom Lateinischen Patriarchat von Jerusalem koordiniert. Romanelli sieht seine Aufgabe darin, den notleidenden Menschen ungeachtet ihres religiösen Hintergrundes „geistliche, moralische und existenzielle Unterstützung zu geben“. Bei den Kämpfen im Gaza-Streifen kamen nach Angaben der palästinensischen Gesundheitsbehörde bisher rund 36.000 Menschen ums Leben.

## Auch die Christen im Westjordanland leiden

Nach den Worten von Ripka leiden nicht nur die Christen im Gaza-Streifen, sondern auch jene im Westjordanland: „Ihre Lage ist prekär, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.“ Viele lebten vom Pilgertourismus. Doch der sei wegen des Krieges weitgehend zusammengebrochen. Zudem hätten viele palästinensische Christen vor dem Terrorangriff auf israelischem Staatsgebiet gearbeitet, doch wegen der Grenzsicherungen könnten sie nicht mehr dorthin zurückkehren. Ripka ist in Sorge, dass viele Christen wegen der angespannten Wirtschaftslage das Westjordanland verlassen wollten. Um dem entgegenzuwirken, stelle man ihnen in Kooperation mit dem Lateinischen Patriarchat Lebensmittel zur Verfügung, finanzielle Umschulungen und vergebe Kleinkredite, „damit die Menschen sich eine neue berufliche Zukunft aufbauen können“. Ripka zufolge wünschen sich die Christen vor allem Frieden: „Sie lehnen den Terror ebenso ab wie den Krieg.“ Sie ständen damit zwischen den Fronten. Etwa ein Prozent der 2,7 Millionen Palästinenser im Westjordanland sind Christen.

# Haiti: Drei christliche Missionare getötet

IIRF-D/BA/Tübingen/06.06.24 - Davy Lloyd, 23, und seine Frau Natalie, 21, ein Missionarsehepaar aus den USA, arbeiteten für die christliche Organisation Missions in Haiti, die im Jahr 2000 von Davys Eltern gegründet worden war.

Das Ehepaar wurde zusammen mit Jude Montis erschossen, einem haitianischen Staatsbürger, der seit 20 Jahren für die Missionsorganisation tätig war (wir [berichteten](#)).

Die Missionare wurden angegriffen, als sie mit einer Gruppe von Kindern die Kirche verließen.

Drei Lastwagen voller Bandenmitglieder überfielen sie, raubten sie aus und ließen sie gefesselt zurück.

Die Missionare flüchteten in ein Haus, das an ihre Mission angeschlossen war, um in Deckung zu gehen, als weitere Bandenmitglieder eintrafen. Die Bandenmitglieder schossen auf das Haus und töteten alle drei Christen.

Haiti befindet sich derzeit inmitten eines Anstiegs von Gewalt und Unsicherheit, da rivalisierende bewaffnete Banden mehr als 80 % von Port-au-Prince kontrollieren.

Etwa 362.000 Haitianer wurden durch die Gewalt und Unsicherheit vertrieben, und allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2024 wurden mehr als 1.500 Menschen durch Bandengewalt getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/three-christian-missionaries-killed-by-gangs-in-haiti/>

# Indien: Partei von di Narendra Modi büßt Stimmen ein

## "Demokratie und Pluralismus bleiben erhalten"

Neu-Delhi (Fides) - Die Bharatiya Janata Party (BJP), die Partei des indischen Premierministers Narendra Modi, hat bei den gerade zu Ende gegangenen Parlamentswahlen in Indien eine Mehrheit errungen, allerdings mit einem knappen Vorsprung im Vergleich zu dem Sieg, den Umfragen und Analysten vorhergesagt hatten. Nach den endgültigen Ergebnissen wird die BJP, die die meisten Stimmen im Land erhielt, keine absolute Mehrheit im Parlament (der 543 Sitze umfassenden „Lok Sabha“) haben, nicht allein regieren können und daher die Unterstützung verbündeter Gruppierungen benötigen. Wie die Wahlkommission bestätigte, erhielt die Partei insgesamt 240 Sitze, und damit 62 weniger als 2019. Das sind weniger als die 272 Sitze, die für eine parlamentarische Mehrheit erforderlich sind. Mit den Partnern der "Nationalen Demokratischen Allianz" verfügt die Koalition über 292 Sitze und kann in den nächsten fünf Jahren eine Regierungsmehrheit unter der Führung von Narendra Modi bilden, der damit in seine dritte Amtszeit als Präsident geht. Die Mitte-Links-Oppositionskoalition, die "Inclusive Alliance for India's National Development" (mit dem Akronym "India"), erhielt mehr als 230 Sitze. Das 25-Parteien-Bündnis trat zum ersten Mal gemeinsam gegen die BJP-Koalition an. Die wichtigste Partei der "India"-Koalition, die Kongresspartei, gewann 99 Sitze und verdoppelte damit ihr Ergebnis von 2019, als sie 46 Sitze gewann. Die Sozialistische Partei (SP) wird dagegen 37 Abgeordnete stellen, während sie in der vorangegangenen Legislaturperiode keine Vertreter hatte.

"Diese Ergebnisse, die die Demokratie und den Pluralismus erhalten, sind dank der unermüdlichen und selbstlosen Bemühungen vieler Menschen auf allen Ebenen der Zivilgesellschaft im ganzen Land zustande gekommen und sie sollten begrüßt werden, da sie niemandem die Möglichkeit geben, verfassungswidrige Projekte zu verwirklichen", kommentiert der in Ahmedabad lebende indische Jesuit Pater Cedric Prakash. "Die indische Zivilgesellschaft wird auch weiterhin die Korruption, den Hass zwischen den Religionsgemeinschaften, die Polarisierung und die Manipulation der Gesellschaft durch Geld und Massenmedien oder durch Einrichtungen, die der nationalistischen Politik untergeordnet sind, bekämpfen", so der Jesuit. "Das Ziel sozialen Handelns ist es, nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe zu streben. Jetzt ist es an der Zeit für eine aussagekräftige Bewertung, eine ernsthafte Selbstbeobachtung und eine sorgfältige Planung, damit alle gesunden Teile der Gesellschaft gemeinsam sicherstellen können, dass die in unserer Verfassung verankerten Werte geschützt werden und ein unverzichtbares Erbe für die Menschen in Indien bleiben", schließt Pater Prakash.

Für die schätzungsweise 28 Millionen Christen auf dem indischen Subkontinent sind Kriterien und Werte wie Religionsfreiheit und die Laizität des Staates nach wie vor von grundlegender Bedeutung für den Erhalt der größten Demokratie der Welt. Modis „Bharatiya Janata Party“ ist seit 2014 an der Macht. Seither kam es in den vergangenen zehn Jahren immer wieder zu Vorfällen von Gewalt, Diskriminierung und Schikanen gegen religiöse Minderheiten, insbesondere Christen und Muslime. Extremistische Hindu-Gruppen, die von der Ideologie der "Hindu-Vorherrschaft" ("Hindutva") ermutigt werden, haben Übergriffe begangen, die von körperlichen Übergriffen bis hin zu falschen Anschuldigungen über erzwungene religiöse Konversionen reichen. Man hofft nun auf eine Kurskorrektur der BJP hin zu einer integrativeren Politik, die den mehr als 200 Millionen Muslimen, Christen und anderen religiösen Minderheiten des Landes Bürgerrechte garantiert.

(PA) (Fides 5/6/2024)

# Indien: Witwe von Mordopfer flieht aus dem Dorf

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.06.24 - Die junge Witwe eines Christen im indischen Bundesstaat Chhattisgarh, der wegen seines Glaubens getötet wurde, lebt einen Monat nach ihrer Flucht um ihr Leben in Angst.

„Ich sah, wie sie meinen Mann vor meinen Augen töteten“, sagte Jime Kawasi, deren Mann, der 22-jährige Kosa Kawasi, am 4. Mai im Distrikt Bastar ermordet wurde. „Ich wurde angegriffen, aber irgendwie konnte ich entkommen. Ich habe immer noch Angst, dass die Mörder meines Mannes mich finden und töten werden.“

Sie floh aus dem Dorf Kapanar im Darbha-Block und suchte Zuflucht in einem Haus weit weg vom Tatort. Die fünf anderen christlichen Familien des Dorfes flohen noch am selben Tag.

Verwandte, die wütend auf Kosa Kawasi waren, töteten ihn, nachdem die Dorfbewohner allen Familien mit christlichen Mitgliedern verboten hatten, an Stammesfesten mit Opfern für lokale Götter teilzunehmen.

Ein Mob von etwa 20 Dorfbewohnern, darunter Kosa Kawasis Onkel, Dasru Kawasi, und sein Cousin, Madiya Kawasi, gingen um 10 Uhr morgens zu seinem Haus und begannen mit ihm zu streiten, indem sie ihn aufforderten, Christus abzuschwören, sagte der christliche Führer der Gegend, Santosh Mandavi. Als Kosa Kawasi sich weigerte, begannen sie ihn und seine Frau anzugreifen, sagte er.

„Sie schlugen das Paar mit Holzstöcken, traten sie mit Beinen und Fäusten“, sagte Mandavi. Als Kawasi auf seinem Glauben beharrte, „stachen sein Onkel und sein Cousin Kosa dreimal mit dem Messer in den Bauch... Dann schlugen sie Kosa auf den Kopf, was ihn auf der Stelle tötete.“ Die Polizei traf nach etwa einer Stunde ein und nahm seine Leiche mit.

Der Bruder von Kosa Kawasi, Hidma Kawasi, ist ebenfalls Christ und war geflohen, als der Mob, angeführt von Dasru Kawasi und Madiya Kawasi, sich seinem Haus näherte.

„Glücklicherweise konnte Hidma fliehen und ist noch am Leben, obwohl der Mob Hidmas Haus niedergerissen und vollständig zerstört hat“, so eine lokale Quelle gegenüber Morning Star News.

In den vergangenen Monaten wurde Kosa Kawasi von Familienmitgliedern und Dorfbewohnern massiv unter Druck gesetzt und sogar mit dem Tod bedroht, wenn er sich weigere, Christus abzuschwören und zum Hinduismus zurückzukehren, so der Pastor.

Obwohl sich Kosa Kawasi wiederholt bei der Polizeistation von Darbha über die Drohungen gegen sein Leben und das anderer Christen beschwert hatte, unternahmen die Behörden nichts und verweigerten eine Anzeige.

Am Tag nach dem Angriff verhaftete die Polizei Dasru Kawasi und Madiya Kawasi unter dem Vorwurf des Mordes, aber es gab keine weiteren Festnahmen, so Mandavi.

Vor dem Mord hatten die Dorfoberhäupter beschlossen, dass, wenn nur ein Mitglied einer Grossfamilie Christ sei, der gesamte Haushalt vom Ammajugani-Fest des Dorfes Kapanar ausgeschlossen würde, bei dem die erste Mangoernte den lokalen Göttern geopfert wird, so Mandavi.

„Dies erzürnte Kawasis Cousins, seinen Onkel und dessen Familie, und in ihrer Wut griffen sie Kawasi und seine Frau an und töteten Kawasi“, so Mandavi gegenüber Morning Star News. „Die anderen christlichen Familien waren ebenfalls bedroht, von ihren Verwandten angegriffen zu werden. Kawasis brutale Ermordung schuf einen Präzedenzfall für andere Verwandte, ihre christlichen Mitglieder anzugreifen, so dass sie alle um ihr Leben flohen.“

Während des Festes singen und tanzen alle Dorfbewohner, bringen ihren Göttern Mangos und Tieropfer dar und essen dann gemeinsam. Wer nicht am Fest teilnimmt, darf während der gesamten Mango-Saison keine Mangos essen, so Mandavi.

Jime Kawasi, die sich immer noch körperlich schwach und verängstigt fühlt, lebt mit den fünf anderen christlichen Familien einige Kilometer entfernt und weiß nicht, ob und wann sie in ihr Haus zurückkehren kann.

„Ich möchte Jesus weiter folgen und ihm dienen“, sagt sie. „Für diesen Jesus war mein Mann bereit, bis in den Tod treu zu sein; auch ich werde in seine Fußstapfen treten. Bitte beten Sie für mich, ich brauche Ihre Gebete.“

Indien rangiert auf der Weltbeobachtungsliste 2024 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors auf Platz 11 der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Im Jahr 2013 lag das Land noch auf Platz 31, doch nach dem Amtsantritt von Premierminister Narendra Modi verschlechterte sich seine Position.

Der feindselige Ton der von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) geführten Regierung der Nationalen Demokratischen Allianz gegenüber Nicht-Hindus hat Hindu-Extremisten in mehreren Teilen des Landes ermutigt, Christen anzugreifen, seit Modi im Mai 2014 an die Macht kam, sagen Verfechter der religiösen Rechte.

<https://morningstarnews.org/2024/06/widow-of-christian-killed-for-his-faith-in-india-flees-village/>

# Iran: 21 Jahre Haftstrafe für kurdische Frauenrechtsaktivistin

Die kurdische Frauenrechtsaktivistin Zhina Modares Gorji wurde zu zehn Jahren Haft wegen „Bildung einer illegalen Gruppe mit dem Ziel, das Regime zu stürzen“, zu zehn Jahren wegen „Zusammenarbeit mit feindlichen Gruppen und Staaten“ und zu ein Jahr wegen „Propaganda gegen das Regime“ verurteilt. Gemäß iranischem Strafrecht wird von den insgesamt 21 Jahren verhängten Strafe die schwerste Strafe, nämlich zehn Jahre Haft in Exil (im Hamedan-Gefängnis) vollstreckt. Die Anklagepunkte gegen Zhina Modares Gorji umfassen die Gründung eines Verbands mit einer feministischen Ideologie, die Teilnahme an Protesten, die Teilnahme an internationalen Konferenzen und Bildungsworkshops, die Veröffentlichung von Inhalten in sozialen Medien sowie die Durchführung von Interviews mit ausländischen Medien nach dem Tod von Jina Mahsa Amini.

Die Frauenrechtlerin wurde bereits im September 2022 während der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ vom Geheimdienst in Sanandadsch in der Provinz Kordestan verhaftet. Nach 40 Tagen Haft wurde sie gegen Kaution vorläufig freigelassen. Im April 2023 wurde sie erneut verhaftet und nach 84 Tagen Haft gegen Kaution vorübergehend freigelassen.

aus dem **IGFM-Monatsbericht Iran - Mai 2024**

# Iran: Verlegung in Einzelhaft aufgrund von Kritik an Bettwanzen im Gefängnis

Der seit April 2024 im Evin-Gefängnis inhaftierte Studentenaktivist Zia Nabavi ist in Einzelhaft verlegt worden. Der ehemalige politische Gefangene hatte aus dem Gefängnis heraus einen Brief geschrieben, in dem er über das Vorhandensein von Bettwanzen im Evin-Gefängnis und die dadurch verursachten gesundheitlichen Probleme informierte. Dies war der Grund für seine Verlegung. Nach einer Woche wurde Zia in die allgemeine Abteilung des Evin-Gefängnisses zurückgebracht. Ihm wurde für einen Zeitraum von zwanzig Tagen das Telefonieren untersagt.

Zia verbüßt eine einjährige Haftstrafe wegen „Propaganda gegen das Regime“. Im März 2023 nahm er an Protesten gegen chemische Angriffe auf Mädchenschulen im Iran teil.

Im Frühjahr 2023 berichteten Medien über eine Vergiftungswelle an Mädchenschulen im Iran. Es wurde spekuliert, dass das Regime hinter den Giftanschlägen stecke.

aus dem **IGFM-Monatsbericht Iran - Mai 2024**



# Israel: Lage im Norden spitzt sich zu

## Immer mehr Angriffe

(Von Israelnetz / 3. Juni 2024) NAHARIA (inn) – Die libanesische Terrormiliz Hisbollah hat am Sonntag rund 40 Raketen auf Israel abgefeuert. Auch Sprengdrohnen kamen bei den Angriffen zum Einsatz. Beobachter sprachen zuvor bereits von einer Ausweitung der Angriffe im Norden.

Auf den Golanhöhen schlugen zwei Sprengstoffdrohnen auf offenem Feld ein. Sie verursachten ein Feuer, das Einsatzkräfte bald unter Kontrolle brachten. Eine Salve von 15 Raketen löste allerdings ein größeres Feuer nahe der Stadt Kazrin aus. Feuerwehrleute kämpften mehrere Stunden gegen die Flammen. Zum Einsatz kamen 15 Einheiten und sechs Löschflugzeuge.

## Nicht alle Geschosse abgefangen

Auch andere Ortschaften im Norden gerieten unter Beschuss, darunter Kiriat Schmona, Metulla und Margalioth. Das Abwehrsystem Eisenkuppel fing nicht alle Geschosse ab. In Kiriat Schmona wurden zwei Personen infolge eines Treffers verletzt. Insgesamt schlugen drei Raketen im Stadtgebiet ein.

In der Küstenstadt Naharia explodierte erstmals seit Kriegsbeginn eine Sprengstoffdrohne. Sie löste ein kleines Feuer aus. Auch in der etwas weiter südlich gelegenen Küstenstadt Akko war Raketenalarm zu hören.

## Armee probt Szenario der Eskalation

Beobachter des Alma-Instituts wiesen am Sonntag darauf hin, dass der Beschuss der Hisbollah im Mai im Vergleich zum Vormonat zugenommen hat. Demnach griff die Hisbollah im Mai 325 mal an, im April zählte die Organisation 238 Angriffe. In dem Zeitraum verdoppelte sich der Einsatz von Drohnen von 42 auf 85.

Aufgrund der angespannten Lage hat die Armee in der vergangenen Woche wieder eine Übung im Norden abgehalten. Laut einer Mitteilung vom Sonntag simulierten die Militärs eine Eskalation in Norden und einen Krieg an mehreren Fronten. Im Verlauf der Übung besuchte Armeechef Herzi Halevi diverse Kommandoposten. (df)

# Israel: Tod von vier weiteren Geiseln bestätigt

## Umstände noch unklar

(Von Israelnetz/ 4. Juni 2024) Israel ereilt die traurige Gewissheit: Vier weitere Geiseln sind nach geheimdienstlichen Erkenntnissen nicht mehr am Leben. Die Nachricht verschärft den Fokus auf den neuen Vorschlag eines Geiseldeals.

TEL AVIV (inn) – Die israelische Armee hat am Montag den Tod von vier weiteren Geiseln bestätigt. Anhand neuer geheimdienstlicher Erkenntnisse sei nun klar, dass die vier Männer vor einigen Monaten im Großraum Chan Junis getötet wurden, sagte Armeesprecher Daniel Hagari. Ihre Leichen befänden sich noch in den Händen der Terror-Organisation Hamas.

Bei den Geiseln handelt es sich um Joram Metzger (80), Amiram Kuper (84), Chaim Peri (79) und Nadav Popplewell (51). Die genauen Umstände sind laut Hagari noch nicht geklärt. Er sprach von „schwierigen Fragen“. Womöglich schließt er nicht aus, dass die Geiseln bei israelischen Angriffen umkamen. „Wir ziehen alle Möglichkeiten in Betracht und veröffentlichen die Ergebnisse so früh wie möglich.“

## Spontane Proteste

Metzger, Kuper und Peri wurden aus dem Kibbuz Nir Os entführt, Popplewell aus dem Kibbuz Nirim. Die Frauen von Kuper und Metzger [kamen](#) im Oktober aus der Geiselhaft frei, ebenso Popplewells Mutter. Im Dezember [veröffentlichte](#) die Hamas ein Propaganda-Video mit Kuper, Metzger und Peri.

Da Popplewell auch die britische Staatsbürgerschaft innehat, äußerte sich Außenminister David Cameron (Konservative) zur Todesnachricht: Diese erfülle ihn mit großer Trauer, schrieb er auf X. Er forderte die Terror-Organisation Hamas auf, den neuen, am Freitag von US-Präsident Joe Biden vorgestellten [Vorschlag für einen Geiseldeal](#) anzunehmen.

Infolge der Armee-Nachricht versammelten sich einige hundert Protestler spontan vor dem Armee-Hauptquartier in Tel Aviv. Sie blockierten die Ajalon-Schnellstraße und entzündeten dort ein Feuer. Auch in anderen Städten wie Jerusalem, Haifa oder Ra'anana gingen die Menschen auf die Straße und forderten einen Geiseldeal.

## Netanjahu: Wiedergabe des Vorschlags ungenau

Über die genauen Bestimmungen des neuen Vorschlags herrscht indes Unklarheit. Der israelische Premier Benjamin Netanjahu (Likud) sagte am Montag, die Darstellung von US-Präsident Biden (Demokraten) sei ungenau gewesen. Israel werde sich nicht auf einen dauerhaften Waffenstillstand einlassen, bevor alle Kriegsziele erreicht seien.

Zu den Kriegszielen gehört die Entmachtung der Hamas. Nach dem Willen der israelischen Regierung darf diese nicht mehr im Gazastreifen regieren und in der Lage sein, Israel zu bedrohen. Der von Biden präsentierte Vorschlag geht nicht darauf ein, wer in Zukunft im Gazastreifen regiert; die Rede ist lediglich von einem „größeren Wiederaufbau-Plan“.

## Biden drängt auf Annahme des Deals

Das Weiße Haus beharrte darauf, dass die von Biden verbreitete Version stimme. Der US-Präsident habe sich an die Öffentlichkeit gewandt, um die Hamas unter Druck zu setzen, sagte unterdessen Sprecher John Kirby. Außerdem habe Biden der Welt klarmachen wollen, wie sehr Israel an einem Deal gelegen sei.

Am Montag empfing Biden den Emir von Katar, Tamim Bin Hamad Al-Thani. Der US-Präsident sagte, er habe Al-Thani „gedrängt“, alle Maßnahmen zu ergreifen, dass die Hamas den Deal akzeptiert. „Die Vereinigten Staaten werden zusammen mit Ägypten und Katar sicherstellen, dass die Vereinbarung vollständig umgesetzt wird.“ (df)

# Israel: Zuspruch für „Zwei-Staaten-Lösung“ rückläufig

## Umfrage unter Israelis

(Von Israelnetz/ 31. Mai 2024) Nur noch 26 Prozent der Israelis glauben, dass es zu einer Friedenslösung mit zwei Staaten kommen kann. Das ergab eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage des Pew-Instituts unter 1.001 Israelis. Vor einem Jahr hielten noch 36 Prozent eine „Zwei-Staaten-Lösung“ für möglich. Für die Zeit nach dem Krieg sind 40 Prozent dafür, dass Israel im Gazastreifen regiert. Allerdings befürworten dies nur 3 Prozent der Araber; eine Mehrheit von 37 Prozent von ihnen meint, dass die Bewohner des Gazastreifens ihre Regierung wählen sollten. Diese Option favorisieren nur 8 Prozent der jüdischen Befragten. (df)

# Kasachstan: Razzien in mehreren evangelikalischen Gemeinden

## Die Polizei verhängte Geldstrafen gegen Pastoren und Mitglieder

Schu (IDEA) – In der südkasachischen Stadt Schu hat die Polizei mehrere Razzien gegen evangelikale Gemeinden vorgenommen. Das berichtet die norwegische Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ (Oslo). Die Vorfälle ereigneten sich im März und April. So habe die Polizei die Baptistenkirche im nahe gelegenen Dorf Konayeva kurz vor dem Gottesdienst durchsucht und diesen anschließend gefilmt – trotz Protests der Anwesenden. Die Beamten erklärten ihr Verhalten damit, dass sie einen anonymen Anruf mit der Bitte um Prüfung der Versammlung erhalten hätten. Die Polizei lud den leitenden Pastor Valter Mirau sowie zwei weitere Kirchenmitglieder vor und belegte sie mit Geldstrafen, weil sie sich in einer „nicht registrierten, nicht zugelassenen oder verbotenen religiösen Gemeinschaft“ betätigt und diese „geleitet“ hätten. Mirau warfen die Behörden außerdem illegale Missionstätigkeit vor sowie „die Verwendung von religiösem Material ohne positive Beurteilung durch einen religiösen Experten und die Verbreitung der Lehren einer nicht registrierten religiösen Gruppe“. Trotz Berufung vor Gericht mussten die drei Personen die Geldstrafen zahlen. Die Polizei führte auch eine Razzia bei einer weiteren protestantischen Kirche in dem Dorf durch. Einzelheiten sind laut „Forum 18“ aber nicht bekannt.

## 77-jähriger Pastor vor Gericht

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 14. April in der Baptistenkirche von Schu. Dort haben Polizisten laut „Forum 18“ bei einer ersten Razzia darauf verwiesen, dass eine offizielle Registrierung der christlichen Gemeinschaft notwendig sei. 14 Tage später sei die Polizei unter einem erfundenen Vorwand zurückgekehrt, habe die Predigt erfasst und von den Gottesdienstbesuchern eine schriftliche Erklärung für ihre Anwesenheit gefordert. Am nächsten Tag habe sie gegen drei Kirchenmitglieder, darunter zwei Söhne des Pastors, Geldstrafen in Höhe von jeweils umgerechnet 3.850 Euro verhängt, weil sie sich in einer „nicht registrierten, nicht zugelassenen oder verbotenen Religionsgemeinschaft“ betätigt hätten. Dem 77-jährigen Hauptpastor der Kirche, Andrei Boiprav, warf die Polizei bei einem Verhör „illegale Missionstätigkeit“ vor. Sein Fall ist nun ohne Termin beim Bezirksgericht Schu anhängig.

## Zuständige Beamtin: Polizei hat eigenmächtig gehandelt

Der örtliche Baptistenrat verurteilte das Vorgehen der Polizei. In einer Erklärung heißt es: „Was in den letzten Monaten in Schu geschehen ist, hat bei den evangelikalischen Gemeinschaften, die wegen ihrer religiösen Aktivitäten verfolgt werden, große Besorgnis ausgelöst.“ Auf Nachfrage von „Forum 18“ erklärte die zuständige Beamtin für die Überwachung nichtmuslimischer Gemeinschaften in der Regionalverwaltung von Sambyl, Saule Baibatschajewa, die Polizei habe eigenmächtig gehandelt. Ihre Abteilung verteidige Gläubige stets. Die Verfassung Kasachstans erkennt die Gewissensfreiheit an und verbietet Diskriminierung aufgrund der Religion. Ein Religionsgesetz von 2011 sieht aber unter anderem die Registrierung von Glaubensgemeinschaften und deren Versammlungsorte vor. Für die meisten Freikirchen sind die Auflagen dazu aber kaum erfüllbar, so dass sie sich heimlich und damit illegal versammeln müssen. Nach Angaben von „Forum 18“ gingen die Behörden im vergangenen Jahr in 203 Fällen verwaltungsrechtlich gegen Personen und Organisationen vor, die ihre Religionsfreiheit ausübten. 172 von ihnen wurden bestraft, meist mit hohen Geldstrafen. Aufgrund der aktuellen Lage in Kasachstan empfahl die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF/Washington) dem US-Außenministerium in ihrem jüngsten Jahresbericht, das muslimisch geprägte Land auf eine spezielle Beobachtungsliste zu setzen. Von den 19 Millionen Einwohnern im zentralasiatischen Kasachstan sind rund 70 Prozent Muslime und etwa 26 Prozent Christen, die meisten davon russisch-orthodox.

# Nigeria: Pfarrer Oliver Buba freigelassen

Abuja (Fides) - Der am 21. Mai im nigerianischen Bundesstaat Adamawa entführte Pfarrer Oliver Buba ist frei. Dies gab der Bischof von Yola, Stephen Dami Mamza, bekannt, in dessen Diözese Pfarrer Buba seinen Dienst verrichtet. Laut der Mitteilung, die Fides vorliegt, wurde Pfarrer Buba "in den frühen Morgenstunden des 30. Mai von seinen Entführern freigelassen".

Der Priester war am 21. Mai gegen ein Uhr nachts im Speisesaal des Pfarrhauses der Pfarrei Santa Rita entführt worden. "Im Namen der Priester, Ordensleute und Laien der Diözese Yola möchte ich allen Menschen guten Willens für die Gebete und die Solidaritätsbekundungen in diesen herausfordernden und schwierigen Zeiten danken und ihnen meine Anerkennung aussprechen. Möge der Herr Sie segnen und Ihnen Frieden schenken", heißt es in der Mitteilung von Bischof Mamza.

Am 23. Mai war Pfarrer Basil Gbuzuo freigelassen worden (vgl. Fides 27/5/2024), der am 15. Mai auf der Umgehungsstraße von Eke Nkpor-Obosi im Bundesstaat Anambra entführt worden war ([vgl. AKREF 17/5/2024](#)). (L.M.) (Fides 31/5/2024)

# Pakistan: Christ bei gezieltem Angriff schwer verletzt

## Aufgebrachte Menschenmenge stürmt christliches Viertel

(Open Doors, Kelkheim) – Im pakistanischen Sargodha in der Provinz Punjab ist am vergangenen Samstag ein Christ von einer aufgebrachten Menschenmenge angegriffen und schwer verletzt worden ([wir berichteten](#)). Nazir Masih war zuvor beschuldigt worden, Seiten aus dem Koran verbrannt zu haben. Daraufhin stürmten zahlreiche Muslime die überwiegend christliche Siedlung, griffen Bewohner an und zerstörten Eigentum.

## Fingierte Anschuldigungen und eine Blasphemieklage

Im Internet wurden mehrere Videos verbreitet, die den Angriff vom 25. Mai zeigen. Darin ist zu sehen, wie mehrere aufgebrachte Angreifer einen älteren Mann (Nazir Masih) schlagen, während er am Boden liegt. Andere Aufnahmen zeigen, wie ein Schuhgeschäft, das Masih gemeinsam mit seinem Sohn betreibt, sowie das Haus der Familie geplündert und in Brand gesteckt werden. Berichten zufolge befindet sich Nazir Masih in kritischem Zustand. Er liegt unter massivem Polizeischutz im Krankenhaus, ohne dass ein Mitglied seiner Familie bei ihm ist, die sich an einem nicht bekannten Ort in Polizeigewahrsam befindet. Niemand weiß, welche Art von Behandlung Masih im Krankenhaus erhält und ob er noch lebt.

Nazir Masih's Familie besteht aus neun Mitgliedern inklusive Schwiegertöchtern und Enkelkindern. Sie wohnten alle zusammen in seinem Haus, das bei dem Angriff vollständig zerstört wurde. Ebenfalls zerstört wurden das von ihm und seinem Sohn gemeinsam betriebene Schuhgeschäft sowie das Geschäft seiner Schwiegertochter in der Nähe.

Verschiedene Quellen berichten, dass im Vorfeld der Ausschreitungen verbrannte Koranfragmente gezielt platziert wurden, um den Christen eine Falle zu stellen. In der Stadt hatten seit dem islamischen Zuckerfest im Anschluss an den Ramadan Spannungen geschwelt. Die Stimmung entlud sich schließlich in Form des Übergriffes auf Nazir Masih, der von islamischen Extremisten wegen seines erfolgreichen Schuhgeschäfts und der Arbeitsplätze, die er für Christen geschaffen hatte, als Bedrohung angesehen wurde.

## Situation weiterhin angespannt

Kirchenleiter bemühen sich um die Sicherheit von Masih's Familie, die sich nun bereits seit mehreren Tagen in Polizeigewahrsam befindet. Die Verhandlungen mit den Strafverfolgungsbehörden erweisen sich als schwierig, da gegen Masih und seinen Sohn eine Anzeige im Rahmen der Blasphemiegesetze bei der örtlichen Polizei erstattet wurde. Jeder Fall, bei dem eine derartige Anschuldigung offiziell registriert wird, ist von hoher Brisanz und erfordert großes juristisches Fingerspitzengefühl.

Die Lage in Sargodha und den umliegenden Städten ist weiterhin angespannt, insbesondere im Blick auf christliche Wohngebiete. Die dort lebenden Menschen können aktuell nicht zur Schule gehen oder arbeiten.

Thomas Müller, Analyst von Open Doors, kommentiert: „Leider ist der Angriff durch eine Menschenmenge nach dem Blasphemievorwurf nicht überraschend. Die Polizei versucht in solchen Fällen zwar, Ausschreitungen zu unterdrücken, aber es gelingt ihr nicht immer. Sargodha ist einer der Brennpunkte des Landes.“

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2024](#) steht [Pakistan](#) an 7. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Quellen: Reuters, Open Doors*

[https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/pakistan-christ-bei-gezieltem-angriff-schwer-verletzt?pk\\_campaign=NA&pk\\_kwd=20240531](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/pakistan-christ-bei-gezieltem-angriff-schwer-verletzt?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240531)

# Pakistan: Christ erliegt schweren Verletzungen

## Nach Massengewalt in Sargodha

Rawalpindi (Fides) - Der 72-jährige Christ Nazir Masih, der am 25. Mai in Sargodha, einer Stadt in der pakistanischen Provinz Punjab, von einem Mob angegriffen und verprügelt wurde, starb am heutigen 3. Juni im Krankenhaus von Rawalpindi. Er war der angeblichen "Blasphemie" beschuldigt worden. Wie das Krankenhaus mitteilte, starb der Mann an den Folgen der Verletzungen und Wunden, die er unter anderem am Kopf erlitten hatte. Der Mann war zu Unrecht beschuldigt worden, den Koran in der Kolonie „Mujahid“ in Sargodha entweicht zu haben ([vgl. AKREF 27/5/2024](#)). Eine mit Stöcken, Steinen und anderen Waffen bewaffnete Menge hatte sich vor dem Haus von Nazir Masih, dem Besitzer einer kleinen Schuhfabrik in der Gegend, versammelt, um ihn zu bestrafen. Durch das Eingreifen der Polizei konnte er zwar vor der Lynchjustiz bewahrt werden, wurde aber dennoch schwer verletzt und zunächst in das örtliche Krankenhaus gebracht, dann zur Behandlung und Operation in das Krankenhaus von Rawalpindi verlegt, wo sein Zustand kritisch war. Heute nun ist er den Verletzungen erlegen.

Der katholische Anwalt Khali Tahir Sandhu, Senator des Punjab und Minister für Menschenrechte in der Provinzregierung, erklärte gegenüber der Fides: "Wir haben die Nachricht schweren Herzens und mit tiefer Trauer vernommen. Sein Tod ist ein verheerender Verlust, der schwer auf unseren Herzen lastet und von der sinnlosen Gewalt zeugt, die schließlich sein Ableben verursacht hat. Er war ein geschätztes Mitglied unserer Gemeinschaft und sein vorzeitiger Tod hinterlässt eine Lücke. Wir sprechen seiner Familie und allen, die ihn kannten und liebten, unser tiefstes Beileid aus".

Minister Sandhu fügte hinzu: "Die christliche Gemeinschaft und andere religiöse Minderheiten fragen sich, wann diese Brutalität in Pakistan ein Ende haben wird. Wir bitten um Gerechtigkeit und Frieden und verurteilen gemeinsam alle Formen von Gewalt und Diskriminierung. Wir hoffen, dass alle Menschen guten Willens sich uns anschließen und uns dabei unterstützen, Gerechtigkeit für die Opfer zu fordern und an diesem Fall ein Exempel zu statuieren, um die Täter zu bestrafen und die Extremisten zu stoppen".

Der schwerwiegende Vorfall in Sargodha - den Rechtsanwalt Sandhu als "Mobocracy" bezeichnet hatte, d.h. "die gewalttätige Macht des Pöbels" - hatte in Pakistan und in der ganzen Welt Proteste und eine Welle der Empörung ausgelöst, vor allem weil sich die Blasphemievorwürfe als unbegründet erwiesen und den Missbrauch des Gesetzes gegen religiöse Minderheiten und insbesondere Christen deutlich gemacht hatten.

In Pakistan kam es in den letzten Tagen in mehreren Städten wie Peschawar und Karatschi zu Demonstrationen, bei denen der Vorfall urteilt und transparente Untersuchung durch die Regierung sowie ein gerichtliches Vorgehen gegen diejenigen, die falsche Anschuldigungen erhoben haben, gefordert wurden.

Der Rat für Islamische Ideologie unter dem Vorsitz von Raghbir Hussain Naimi forderte die Sondergerichte ebenfalls auf, den Vorfall in Sargodha zu untersuchen, um diejenigen zu bestrafen, die abscheuliche Verbrechen begangen haben, und betonte, dass die Gewalt des Mobs dringend verhindert werden müsse. Er bezeichnete die Angriffe als "verabscheuungswürdig" und "unislamisch" und forderte, dass die Täter (die Polizei nahm im Zusammenhang mit dem Vorfall insgesamt 44 Personen fest) vor Gericht gestellt werden.

(PA) (Fides 3/06/2024)

[top^](#)

# Pakistan: Christ in Säure-Attacke brutal getötet

## Mord-Verdächtige nicht belangt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.06.24 - Da die Verdächtigen in einem Mordfall die Verwandten des Opfers zu Falschaussagen drängten, weigert sich die Polizei, sie im Fall eines Katholiken, der von seinen muslimischen Arbeitgebern zu Tode gefoltert wurde, zu verhaften.

Sonia Shahid, die Witwe des 35-jährigen Shahid Masih und Mutter ihrer sechs Kinder, sagte, die Arbeitgeber ihres Mannes hätten ihn am 8. Mai gefoltert und 10 Tage später zu Tode gebracht, weil sie ihn fälschlicherweise verdächtigt hätten, Ziegen von ihrem Hof in der Gegend von Bhikkhi im Distrikt Sheikhpura in der Provinz Punjab gestohlen zu haben.

Nachdem am 7. und 8. April 12 Ziegen gestohlen worden waren und die Polizei die Diebe nicht finden konnte, begannen die Farmbesitzer, Shahid Masih und einen anderen christlichen Arbeiter, Faryad Masih, des Diebstahls zu beschuldigen, und baten die Polizei am 8. Mai, Faryad Masih in Gewahrsam zu nehmen, sagte Sonia Shahid.

An diesem Tag arbeitete sie auf der Farm von Rana Nazar und seinen Brüdern, als sie die Schreie und das Weinen ihres Mannes hörte.

„Als ich in mein Quartier kam, um nachzusehen, sah ich mit Entsetzen, dass mindestens sieben Männer mit Waffen bewaffnet waren, darunter Rana Nazar, Rana Ejaz, Rana Ramzan, Rana Aftab und drei weitere, die Masih mit Schlagstöcken verprügelten“, sagte Sonia Shahid gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Mein Mann beteuerte immer wieder seine Unschuld, aber sie schleppten ihn in ihr Nebengebäude, wo sie ihn fesselten und weiter folterten. Sie brachen ihm Zähne und Finger und schütteten ihm dann eine Flasche mit Säure in den Mund. Als ich versuchte, sie aufzuhalten, schlugen sie mich und unsere Kinder, die mir dorthin gefolgt waren.“

Die Angreifer hörten auf, Shahid zu foltern, als sie sahen, dass sich sein Zustand verschlechterte, sagte sie. „Ich flehte sie an, ihn ins Krankenhaus zu bringen, aber sie weigerten sich und ließen ihn liegen“.

Es gelang ihr und anderen Familienmitgliedern, ihn in ein örtliches staatliches Traumazentrum zu bringen, aber die Ärzte dort rieten ihnen, ihn aufgrund seines kritischen Zustands nach Lahore zu bringen. Da kein Krankenwagen verfügbar war, brachten sie ihn in einem Taxi zum Mayo-Krankenhaus in Lahore.

„Als die Ärzte dort Masih untersuchten, sagten sie uns, dass die Säure seine inneren Organe massiv geschädigt hatte, und auch die Art seiner Verletzungen war sehr ernst“, so Sonia Shahid. „Wir konnten sie nur anflehen, ihr Bestes zu tun und sein Leben zu retten, aber Masih starb nach 10 Tagen, am 18. Mai.“

Ihr Anwalt, Kashif Naimat, sagte, die Verdächtigen hätten sich der Verhaftung entzogen, indem sie Verwandte von Sonia Shahid gefangen hielten, bedrohten und unter Druck setzten.

„Die Angeklagten hielten Sonias Vater, Munir Masih, einen weiteren Bruder, Saqib, und ihren Neffen Shahzad in ihrem Gewahrsam und setzten sie unter Druck, der Polizei zu sagen, dass sie [die muslimischen Arbeitgeber] Masih nicht ermordet hätten“, sagte Naimat gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Die drei Letztgenannten waren auf den Feldern, als der Vorfall geschah, aber sie gaben den Drohungen und dem Druck nach, als die Angeklagten ihnen anboten, auf ihre Kredite zu verzichten und ihnen auch andere finanzielle Anreize boten.“

Er fügte hinzu, dass die Verdächtigen auch den Vater von Sonia Shahid benutzt haben, um ihr Geld anzubieten, damit sie den Fall zurückzieht.

„Sonias Vater sagte ihr, dass die Rana-Brüder bereit seien, der Familie 3,5 Millionen pakistanische Rupien [12.526 US-Dollar] als Entschädigung zu geben, wenn sie die Klage gegen sie zurückziehe“, sagte Naimat. „Sonia und die Familie ihres Mannes haben das Angebot jedoch abgelehnt.“

Er sagte, dass Sonia Shahid in einer Anzeige, die am 19. Mai registriert wurde, angegeben hatte, dass die Verdächtigen zu diesem Zeitpunkt ihre Familienmitglieder als Geiseln festhielten, um sie davon abzuhalten, einen Mordfall gegen sie zu registrieren.

Sonia Shahid, ihr Bruder Naveed Masih und der Ehemann ihrer Schwester, Farrukh Naeem, sind drei Augenzeugen des Überfalls, und sie stehen zu ihren Aussagen, sagte er.



„Wir haben mehrere Treffen mit hochrangigen Polizeibeamten abgehalten und sie aufgefordert, die Angeklagten zu verhaften und sie im Lichte der von den Augenzeugen gemachten Aussagen zu verhören“, sagte Naimat. „Die Falschaussagen der drei Verwandten von Sonia haben der örtlichen Polizei jedoch die Möglichkeit gegeben, die beschuldigten Vermieter zu schützen.“

Der Anwalt sagte, es wäre ein schwerer Justizirrtum, wenn die einflussreichen Verdächtigen mit dem Mord an einer armen christlichen Arbeiterin davonkommen würden.

„Es ist nicht ungewöhnlich, dass mächtige Leute ihr Geld und ihren Einfluss nutzen, um sich vor Strafverfolgung zu schützen, und es ist auch nicht ungewöhnlich, dass die Schwachen sich dem Druck und den Drohungen beugen“, sagte er. „Es ist die Pflicht der Polizei, dafür zu sorgen, dass die Schwachen nicht von den mächtigen Angeklagten manipuliert werden, insbesondere wenn sie zu gefährdeten Gemeinschaften gehören, und dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird“.

Die trauernde Witwe sagte, dass ihr Mann der einzige Ernährer der Familie war und dass sie nun von ihrem älteren Schwiegervater, Rafaqat Masih, abhängig ist, der als Tagelöhner 400-500 Rupien (weniger als 2 US-Dollar) pro Tag verdient.

„Ich appelliere an die Regierung und die Polizei, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, sagte sie. "Keiner der Beschuldigten wurde bisher verhaftet, obwohl ein Verfahren eingeleitet wurde. Sie bieten uns zwar eine finanzielle Entschädigung an, aber wir wollen nur Gerechtigkeit".

Ihr Mann sei ein ehrlicher Mensch gewesen, und die Familie wolle nicht, dass sein tragischer Tod umsonst gewesen sei, sagte sie.

<https://morningstarnews.org/2024/05/suspects-unprosecuted-in-death-by-torture-of-christian-in-pakistan>

# Pakistan: Christ stirbt neun Tage nach Mob-Angriff

IIRF-D/ICC/Tübingen/06.06.2024 - Etwa eine Woche nach einem brutalen Mob-Angriff ([wir berichteten](#)) starb der 70-jährige Nazir Masih am frühen Montagmorgen in einem Militärkrankenhaus nahe Islamabad. Seine Beerdigung fand am Dienstag im Haus seiner Familie in Sargodha statt.

Der Mob griff Masih am 25. Mai an, nachdem in der Mujahid-Kolonie in Gillwala, einer überwiegend christlichen Gemeinde in Sargodha, die Behauptung kursierte, er habe Koranseiten verbrannt. Masih erlitt bei dem Angriff ein schweres Kopftrauma.

"Er war eine bekannte, angesehene und fleißige Person in seiner Gegend", sagte ein ICC-Mitarbeiter in Pakistan. "Er betrieb eine kleine Schuhfabrik und ein Kosmetikgeschäft. Seine Familie ist eine wohlhabende Familie."

Die pakistanischen Anti-Blasphemie-Gesetze, die oft als Waffe gegen Christen eingesetzt werden, verbieten die Schändung des Korans. Diejenigen, die gegen diese Gesetze verstoßen, werden oft getötet.

Am Morgen des Anschlags riefen die Leiter der örtlichen Moscheen die Muslime der Umgebung auf, sich in Masih's Haus zu versammeln. Bald darauf begannen Hunderte von Menschen, Masih's Haus und seine Schuhfabrik anzugreifen. Der Mob griff ihn dann an und schlug ihn mit Ziegelsteinen und Holzscheiten. Mitglieder des Mobs griffen auch die Polizei an, als diese versuchte, Verhaftungen vorzunehmen. Der Mob griff auch den Krankenwagen an, der Masih ins Krankenhaus transportierte.

Während die ICC-Mitarbeiter auf bestätigte Details zu Masih's Tod warteten, sahen wir uns Videos von seinem Beerdigungszug an. Eines zeigt eine große Menge von Christen, die Masih's schwarzen Sarg tragen, der mit marineblauem und rotem Stoff mit einem großen gelben Kreuz bedeckt ist. Ein anderes Video zeigt, wie sein schwarzer Sarg mit einem großen roten Kreuz in sein Grab gesenkt wird.

Die Polizei nahm nach dem Angriff Dutzende von Beteiligten fest. Sie nahm auch Mitglieder von Masih's Familie in Polizeischutzgewahrsam. Mitarbeiter von International Christian Concern (ICC) vor Ort unterstützten die Familienmitglieder, nachdem sie freigelassen wurden. Die Polizei untersucht auch die Blasphemievorwürfe gegen Masih. ICC-Mitarbeiter haben berichtet, dass Masih's Familie und andere Christen vor Ort weiterhin verzweifelt und verängstigt sind.

(International Christian Concern)

# Pakistan: Gericht erzwingt „Islam“-Eintrag im Personalausweis eines Christen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.06.24 - Ein Gericht in Pakistan verweigerte einem christlichen Opfer einer gefälschten Konversion die Änderung der religiösen Bezeichnung Islam und des muslimischen Namens, den seine muslimischen Arbeitgeber in betrügerischer Weise in seinen Personalausweis eingetragen hatten.

„Der Islam lehrt, dass jeder von Geburt an Muslim ist, aber die Eltern und die Gesellschaft bringen einen dazu, vom geraden Weg abzuweichen“, erklärte der Zivilrichter Mian Usman Tariq aus Pattoki in seinem Urteil vom 18. Mai über eine Petition des christlichen Ziegelofenarbeiters Sufyan Masih, 24. „Daher wird davon ausgegangen, dass jemand, der den Islam annimmt, in seinen ursprünglichen Zustand zurückkehrt. Dennoch verbietet der Islam die Anwendung von Gewalt gegen jemanden, um ihn zur Konversion zu bewegen.“

Die Rechtsanwältin Sumera Shafique hatte Masih's Petition im September 2022 eingereicht, nachdem Beamte der Nationalen Datenbank- und Registrierungsbehörde (NADRA) in Pattoki Tehsil im Distrikt Kasur in der Provinz Punjab sich geweigert hatten, seine Bitte anzunehmen, seine religiöse Bezeichnung auf seinem Personalausweis auf Christentum zu korrigieren und seinen Namen von Muhammad Sufyan in Sufyan Masih zu ändern.

Shafique sagte, als Masih und seine Familie in einer Ziegelei arbeiteten, die Asif Ali, einem Muslim, gehörte, hätten sich die Verwandten des Christen im Jahr 2020 an sie gewandt und sie um Hilfe gebeten, um Masih aus Alis illegalem Gewahrsam zurückzuholen.

„Ali hatte sich geweigert, Masih an seine Familie zurückzugeben und behauptet, der Junge sei zum Islam konvertiert und er habe ihn als seinen Sohn adoptiert“, so Shafique gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Ich stellte einen Antrag auf Rückgabe des Jungen und erreichte, dass er wieder mit seinen Eltern zusammengeführt wurde.“

Als die christliche Familie den Personalausweis für Masih beantragte, sagten ihr die NADRA-Beamten, dass sein Name bereits in der nationalen Datenbank als Muhammad Sufyan registriert sei, sagte sie.

„Als wir nachforschten, stellte sich heraus, dass der Ofenbesitzer Sufyans Ausweis 2018 hatte anfertigen lassen, der ihn als Muslim auswies, angeblich um jeglichen Bemühungen seiner Eltern zuvorzukommen, ihn zurückzuholen“, sagte Shafique. „Sufyan erzählte uns, dass ein mobiler Wagen der NADRA den Ofen während einer Kampagne zur Erstellung von computergestützten Personalausweisen für Ofenarbeiter besucht hatte, wo sein Arbeitgeber in betrügerischer Weise seine Daumenabdrücke auf dem Registrierungsformular sowie sein Foto erhalten hatte.“

Sie sagte, dass Masih und alle seine Familienmitglieder, einschließlich seiner Eltern und Geschwister, Analphabeten seien und das Formular nicht lesen oder verstehen könnten.

„Als die NADRA-Beamten den Eltern von Sufyan mitteilten, dass sein Name und seine Religion nicht geändert werden könnten, erklärte Sufyan kategorisch, dass er Christ sei, und der Inhalt des Formulars wurde ohne sein Wissen eingetragen“, sagte sie. „Die NADRA-Beamten weigerten sich, seine Behauptung zu akzeptieren und schickten sie weg.“

Die Anwältin sagte, dass sie im Laufe des Verfahrens dokumentarische Beweise, einschließlich seiner Taufurkunde, vorlegte und auch Masih's christliche Eltern vor Gericht als Beweis für seine christliche Erziehung präsentierte.

„Vor allem aber hat Masih selbst dem Gericht erklärt, dass er weiterhin seinen christlichen Glauben praktiziert und kein Muslim ist“, fügte sie hinzu.

Der muslimische Geistliche, der angeblich Masih's Konversionsbescheinigung ausgestellt hatte, erschien trotz mehrerer Mahnungen nicht vor Gericht, so Shafique.

„Der Gerichtsvollzieher teilte dem Gericht mit, dass der Geistliche nicht auffindbar sei und das auf der Konversionsbescheinigung erwähnte Seminar ebenfalls verschwunden sei“, sagte sie. „Dies war ein klarer Beweis für die Unredlichkeit der angeblichen religiösen Konversion, doch das Gericht ignorierte dies.“

Die Anwältin teilte dem Gericht mit, dass die NADRA auch gegen ihre eigenen Richtlinien verstoßen habe, indem sie es versäumt habe, den Antragsteller bei der Eintragung seiner angeblichen neuen Religion um eine verbindliche Zusage zu bitten. Masih's Eltern sind Christen, und in ihren offiziellen Unterlagen ist diese Tatsache eindeutig festgehalten, sagte sie.

„Als Masih NIC [Nationaler Personalausweis] von seinen muslimischen Arbeitgebern angefertigt wurde, hätten die NADRA-Beamten die obligatorische Verpflichtungserklärung in Bezug auf die Religionsumwandlung verlangen sollen, anstatt sich nur auf das gefälschte Zertifikat zu verlassen“, sagte sie. „Masih war zu diesem Zeitpunkt kaum erwachsen, außerdem hatte er keine Ahnung, was ihm angetan wurde, aber die NADRA-Beamten hätten wachsamer sein müssen.“

Nach den Registrierungsrichtlinien der NADRA für die CNIC (Computerised National Identify Card) kann jeder Fehler von Antragstellern bei der korrekten Angabe ihrer Religion aufgrund von Analphabetismus „in der Kategorie Bürofehler behandelt werden.“ Im Fall von Masih behauptete die NADRA jedoch, dass sein Name und seine Religion nicht geändert werden könnten, weil er zum Zeitpunkt der Registrierung auf dem offiziellen Formular angeblich seine Religion als Islam bestätigt habe. Die NADRA behauptete, dass ein Muslim nach der offiziellen Politik seine religiöse Bezeichnung in der CNIC nicht in eine andere Religion ändern kann, während Menschen, die von anderen Religionen zum Islam konvertieren, ihre CNICs ändern lassen können.

Apostasie gilt nach den meisten islamischen Rechtsschulen als Sünde, die mit dem Tod bestraft wird. Obwohl es in Pakistan kein spezielles Gesetz gibt, das Muslimen das Recht auf einen Religionswechsel verwehrt, kann Apostasie nach Abschnitt 295-A der Blasphemiegesetze des Landes bestraft werden, der eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren für die „Beleidigung der religiösen Gefühle einer beliebigen Bevölkerungsgruppe“ vorsieht.

Shafique erklärte, dass die Religions- und Glaubensfreiheit in zahlreichen Menschenrechtsinstrumenten anerkannt wird, die Pakistan unterzeichnet hat.

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erkläre die Religionsfreiheit für jedermann, einschließlich der Freiheit, sie zu wechseln, sowie das Recht, sie öffentlich oder privat zu praktizieren, sagte sie und fügte hinzu, dass Pakistan auch die Internationale Konvention über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert habe, nach der niemand daran gehindert werden könne, der Religion oder dem Glauben seiner Wahl anzuhängen.

Shafique betonte, dass Artikel 20 der pakistanischen Verfassung den Bürgern auch das Recht einräume, sich zu ihrer Religion zu bekennen, sie auszuüben und zu verbreiten, aber „Masih's Fall zeigt, wie dieses Grundrecht Nicht-Muslimen verweigert wird“.

Die Anwältin sagte, sie werde die Entscheidung des Zivilrichters vor dem Berufungsgericht anfechten.

„Unser Fall ist stichhaltig, und ich war sehr zuversichtlich, dass die Entscheidung positiv ausfallen würde“, sagte sie. "Aber es scheint, dass der Richter nicht gewillt war, sich dem Druck religiöser Gruppen zu stellen, und den Ball in das Feld seiner Vorgesetzten warf.

Pakistan steht wie im Vorjahr auf der Open Doors World Watch List 2024 an siebter Stelle der schwierigsten Orte, um Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2024/05/court-in-pakistan-forces-islam-designation-on-christians-id-card/>

# Russland: Genehmigung von Dokumenten

(Licht im Osten) A.O. ist sehr dankbar,

☒ dass seine Gemeinde die Dokumente für ihr neues Gebetshaus und die Registrierung als religiöse Gruppe bekommen hat, somit also nun die recht-lichen Möglichkeiten besitzt, sich als Gemeinde zu versammeln.

☒ für ein übergemeindliches Teenager-Seminar zum Thema „Nachfolge“.

## **Bitte beten Sie**

☒ dass die Teenager in ihrem Alltag Gottes Kraft er-fahren, das Gelernte in die Praxis umzusetzen.

☒ für alle Personen, mit denen A. O. in Kontakt ist, besonders für diejenigen, die in Okkultem ver-strickt sind, dass A.O. Gottes Bevollmächtigung er-lebt, wenn er ihnen Christus bezeugt.

☒ für die jungen Christen in seiner Gemeinde, dass sie im Glauben wachsen und gefestigt werden.

☒ für die Gesundheit seiner Frau.

# Russland: Kirche droht Abriss als Ort „an dem wiederholt Verbrechen begangen wurden“

AKREF/A, 02.06.24 - Eine unabhängige orthodoxe Pfarre in der Region Krasnodar im Süden Russlands soll gezwungen werden, ihre eigene Kirche abzureißen. Diese Maßnahme dürfte in einem direkten Zusammenhang mit der Strafverfolgung ihres Erzbischofs wegen seiner Opposition zur russischen Invasion in der Ukraine stehen. Die Stadtverwaltung von Slawjansk-na-Kubani hat ein Zivilverfahren gegen 87-jährigen Erzbischof Viktor Pivovarov eingeleitet, basierend auf der Behauptung, die Kirche der Heiligen Fürsprache, eine Kirchengemeinde der Russischen Wahren Orthodoxen Kirche, wäre ein nicht genehmigtes Gebäude. Die Kirche steht jedoch bereits seit 25 Jahren an ihrem Standort.

Die Stadtverwaltung behauptet, dass die Abhaltung von Gottesdiensten in dem Gebäude ein Missbrauch eines für ein Wohngebäude gewidmeten Grundstücks wäre. Der wahre Grund dürfte jedoch in der ablehnenden Haltung des Klerus dieser Pfarre gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine liegen. Erzbischof Pivovarov wurde am 8. April wegen „wiederholter Diskreditierung der russischen Streitkräfte“ nach Artikel 280.3, Teil 1 zu einer Geldstrafe verurteilt. Auch gegen andere Priester der Pfarre wurden bereits Strafverfahren durchgeführt. Im Oktober 2023 kam es zu einer Razzia, bei der der Priester Iona Sigida misshandelt wurde. Später wurde er wegen des Verfassens eines Artikels gegen den Krieg angeklagt.

Im Dezember 2023, während der Ermittlungen in der Strafsache gegen Erzbischof Viktor Pivovarov informierte die bezirksübergreifende Ermittlungsabteilung von Slawjansk-na-Kubani die Stadtverwaltung, dass es sich bei der Kirche um einen öffentlichen Ort handle, „in dem wiederholt Verbrechen gegen die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit der Russischen Föderation“ begangen wurden. Die Ermittlungsabteilung merkte auch an, dass die Kirche nicht in Übereinstimmung mit den Planungsvorschriften errichtet worden wäre und forderte die Stadtverwaltung auf „Maßnahmen zu ergreifen, um die Verstöße abzustellen“. Zwischen 2000 und 2018 war die Pfarre als lokale religiöse Organisation registriert und besteht seither als nicht registrierte religiöse Gruppe. Der erste Gottesdienst in der Kirche fand im Januar 2000 statt.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 31. Mai 2024).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Südafrika: ANC verliert absolute Mehrheit

## “Südafrika betritt unbekanntes Terrain“

Johannesburg (Fides) - Die Kommission für "Gerechtigkeit und Frieden" der katholischen Bischofskonferenz des südlichen Afrikas (in der die Bischöfe Südafrikas, Botswanas und Eswatins zusammengeschlossen sind) bestätigt mit Blick auf die Parlamentswahlen vom 29. Mai in Südafrika eine ordnungsgemäße Stimmabgabe, auch wenn es "Ineffizienzen gab, die die Stimmabgabe erschwerten und in einigen Fällen das Recht auf Stimmabgabe verhinderten". Insgesamt wurde jedoch auch ein „besorgniserregender“ Rückgang der Zahl der Wähler festgestellt.

Die Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“ erinnert daran, dass die Wahlen in mehreren afrikanischen Ländern von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet sind, und bekräftigt, dass es "keine derartigen Unregelmäßigkeiten bei den südafrikanischen Wahlen gibt, auch nicht bei den heutigen, die stark umstritten waren". Südafrika - so heißt es in der vom Leiter der Kommission "Gerechtigkeit und Frieden", Pater Stan Muyebe, unterzeichneten Erklärung weiter - „hat eine der besten Demokratien in Afrika. Jedes Mal, wenn wir in Südafrika wählen, sollten wir Gott dafür danken, dass dieses Land eine der besten Demokratien in Afrika ist, aber es ist eine Demokratie, die jeder sorgfältig bewahren sollte.“

In diesem Sinne ist der Rückgang der Wahlbeteiligung nach Ansicht von Pater Muyebe ein besorgniserregendes Zeichen, denn "er spiegelt das mangelnde Vertrauen der Bürger in die Wahlen wider, die das Gefühl haben, dass ihre individuelle Stimme keinen Unterschied macht. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den Wahlergebnissen und dem wirklichen Leben der wahlberechtigten Bürger". Wenn die Südafrikaner nicht glauben, dass sie ihre Forderungen durch ihre Stimmabgabe zum Ausdruck bringen können, besteht die Gefahr, dass eine "eingefahrene Kultur der gewalttätigen Proteste angeheizt wird", warnt Pater Muyebe.

Von den 41,4 Millionen Wahlberechtigten haben sich in diesem Jahr insgesamt 27,79 Millionen für die Wahl registriert. „Das bedeutet, dass etwa 13,7 Millionen Wahlberechtigte sich nicht registriert haben“, betont die Kommission für "Gerechtigkeit und Frieden". Die Zahl der registrierten Wählerinnen und Wähler ist progressiv gesunken: von 80,5 Prozent der registrierten Wählerinnen und Wähler im Jahr 2014 auf 74,5 Prozent im Jahr 2019 und auf nur 66,8 Prozent im Jahr 2024.

"Positiv zu vermerken ist jedoch, dass sich immer mehr junge Menschen als Wähler registrieren lassen", heißt es in der Erklärung der bischöflichen Kommission. Dies könnte teilweise erklären, warum der Afrikanische Nationalkongress zum ersten Mal seit seiner Machtübernahme nach dem Ende der Apartheid vor 30 Jahren seine absolute Mehrheit im Parlament verloren hat. Bei der letzten Wahl im Jahr 2019 hatte die Partei 230 Sitze errungen. In diesem Jahr sind es nur noch 159 von 400 möglichen. Der ANC wird daher eine Koalition mit anderen Parteien bilden müssen, um regieren zu können und einen neuen Staatschef zu wählen, der vom Parlament gewählt wird. "Die Tatsache, dass zum ersten Mal seit 1994 die absolute Mehrheit und die politische Hegemonie der Regierungspartei verloren gegangen ist, führt Südafrika auf unbekanntes Terrain", so die Schlussfolgerung der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden.

(LM.) (Fides 3/6/2024)

# Sudan: Christen fühlen sich vergessen

**Open Doors Schweiz – Mehr als ein Jahr nach dem Beginn eines brutalen Bürgerkriegs im Sudan fühlen sich die Christen verlassen und vergessen. Dies berichtet ein Sprecher von Open Doors.**

Im April 2023 brach im Sudan ein Bürgerkrieg zwischen der nationalen Armee und den Rapid Support Forces (RSF) aus. Illia Djadi, Analyst von Open Doors für Religions- und Glaubensfreiheit in Subsahara-Afrika, reiste Anfang Mai in die Region und sprach mit Gemeindeleitern, die sich vom Rest der Welt vergessen fühlten. «Die Situation verschlechtert sich jeden Tag und die Welt reagiert nicht. Es herrscht ein starkes Gefühl, im Stich gelassen zu werden», fasste er zusammen.

«Der Sudan ist Schauplatz der weltweit grössten Massenvertreibung, fast 9 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Und er ist mit der grössten Hungerkrise der Welt konfrontiert, aber er erhält nicht die Aufmerksamkeit und die Reaktion, die er im Vergleich zu anderen Krisen erhalten sollte», erklärt Illia Djadi weiter.

## Erhöhter Druck für Christen

Für die zwei Millionen Christen im Sudan ist die Situation besonders schwierig. Das mehrheitlich muslimische Land steht auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors an achter Stelle. Das Leben vieler Christen war bereits schwierig, doch die Gewalt setzte sie zusätzlich unter Druck. «Es gibt keine Sicherheit, keinen Schutz», stellt Illia Djadi fest. «Weder von Seiten der Kriegsparteien noch von Opportunisten, die die Situation ausnutzen, um ihre eigenen Pläne voranzutreiben. Die Christen und ihre Kirchen wurden ungestraft angegriffen.»

Bisher wurden mehr als 150 Kirchen beschädigt oder zerstört, entweder mutwillig oder aufgrund der aktuellen Gewalt.

## Wiederholte Vertreibung

Die Christen, die gezwungen sind, ihre Häuser zu verlassen, fliehen oft mehrmals und verlieren so den Kontakt zu den anderen Mitgliedern der kleinen christlichen Gemeinschaft.

Für Christen bedeutet ihr Glaube, dass sie besonders verletzlich sind. Dort, wo sie Zuflucht finden, können sie von ihren Mitmenschen und bei der Verteilung von Hilfsgütern diskriminiert werden. Infolgedessen ist ein grosser Teil der Kirche auf der Flucht und nicht in der Lage, ihre Mitglieder zu versorgen.

Christliche Leiter befürchten insbesondere, dass die ehemals regierenden Islamisten die derzeitige Unsicherheit ausnutzen könnten, um wieder an die Macht zu kommen und strenge islamische Gesetze aus der «Scharia», wie das Blasphemiegesetz, wieder einzuführen. Unter der zivil-militärischen Regierung, die nach der Vertreibung des Diktators Omar al-Bashir im Jahr 2019 eingesetzt wurde, [waren einige dieser Gesetze abgeschafft worden.](#)

## Die Gefahr eines neuen Libyens

Die humanitäre Krise im Sudan erfordert besondere Aufmerksamkeit, betont Illia Djadi. «Es besteht die reale Gefahr, dass der Sudan zu einem zweiten Libyen wird, wo der Sturz von Oberst Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 ein Machtvakuum hinterlassen hat. Diese Situation hatte schwerwiegende Folgen für die Region, insbesondere durch Waffen- und Drogenhandel, und hat Konflikte in anderen Teilen des Kontinents geschürt.»

Quelle: Open Doors Schweiz

[https://www.opendoors.ch/news/sudan-wir-fuehlen-uns-vergessen-sagen-gemeindeleiter/?\\_cldee=54urwtEft4nlKq8xMBF40L08zJUjC4Kd\\_s9BJKX6iroMSwwshWxbpkYHlu01w-Xi&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-e3d625720d6948d0a31292202604a436&esid=08280801-281c-ef11-840a-000d3ab2445e](https://www.opendoors.ch/news/sudan-wir-fuehlen-uns-vergessen-sagen-gemeindeleiter/?_cldee=54urwtEft4nlKq8xMBF40L08zJUjC4Kd_s9BJKX6iroMSwwshWxbpkYHlu01w-Xi&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-e3d625720d6948d0a31292202604a436&esid=08280801-281c-ef11-840a-000d3ab2445e)



# Sudan: Ein dauerhafter Waffenstillstand ist dringend erforderlich

## Humanitäre Krise und Schul- und Bildungswesen vor dem Zusammenbruch

Port Sudan (Fides) - Die anhaltenden Kämpfe zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den sie unterstützenden Gruppierungen gegen die paramilitärischen „Rapid Support Forces“ (RSF) lassen den Strom von Flüchtlingen und Vertriebenen, die kürzlich im Camp Jebel Marra in Zentral-Darfur Zuflucht gesucht haben, weiter ansteigen. Örtlichen Quellen zufolge sind in den letzten Tagen etwa 5.000 Familien angekommen, denen es an Nahrungsmitteln, Medikamenten, Wasser und jeglichem Komfort fehlt.

Nach Angaben des Sprechers der Koordinationsstelle für Binnenvertriebene und Flüchtlingslager in Darfur sind die täglichen Menschenrechtsverletzungen auf die Blockierung lebenswichtiger Ressourcen zurückzuführen, die als Waffen gegen unbewaffnete Zivilisten eingesetzt werden. Das Büro forderte alle am Konflikt beteiligten Parteien auf, humanitären Bedürfnissen Vorrang einzuräumen und einen dauerhaften Waffenstillstand zu akzeptieren.

Gleichzeitig appellierte die Koordinationsstelle an die Vereinten Nationen und andere internationale humanitäre Organisationen, dringend einzugreifen, um das zunehmende Leid und den Hunger zu bekämpfen, die die gesamte Bevölkerung heimsuchen.

Außerdem stehen das Gesundheits- und Bildungssystem vor dem Zusammenbruch. In den letzten Tagen wurde bekannt, dass die für den 26. Mai geplante Eröffnung des Schuljahres wegen der Ausbreitung der viszeralen Leishmaniose (Kala-Azar) im Ostsudan, die im Vergleich zum Vorjahresquartal um 25 Prozent gestiegen ist, verschoben wurde. In einer Pressemitteilung rechtfertigte der stellvertretende Direktor des Ministeriums für Bildung in El Gedaref, Abdelwahab Ibrahim, die Verzögerung der Schuleröffnung mit der Bereitstellung von Unterkünften für die Vertriebenen, der Unterstützung der Lehrer und der Vorbereitung des Schulumfelds. "Mehr als 350.000 Lehrer, Verwaltungsangestellte und Mitarbeiter des Bildungswesens leben unter katastrophalen Bedingungen", hatte das „Darfur Teachers' Committee“ Anfang 2024 beklagt und die Entscheidung zur Öffnung der Schulen abgelehnt. "Der Krieg muss beendet werden, um die Arbeit wieder aufnehmen zu können", so die Lehrer, die die sudanesischen Behörden dringend aufforderten, die Gehälter zu zahlen, die Schulgebäude zu sanieren und Schulbücher zu liefern.

Seit Beginn des Konflikts im April 2023 erlebt das Land eine der größten anhaltenden humanitären Krisen: mehr als 6,5 Millionen Menschen wurden vertrieben, etwa 65 % der Bevölkerung haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, und 70 % der Krankeneinrichtungen in den von den Kämpfen betroffenen Gebieten wurden zerstört. Port Sudan wirkt wie ein riesiges Flüchtlingslager: In den letzten Monaten hat der östliche Teil des Landes rund 500.000 Vertriebene aufgenommen, von denen mindestens 270.000 in der Stadt geblieben sind, die in diesen Kriegsmonaten de facto zur Hauptstadt geworden ist.

(AP) (Fides 6/6/2024)

# Sudan: Konflikt nimmt ethnische Dimension an

## Nord-Sudan

Khartum (Fides) - Der Krieg im Sudan hat eine ethnische Dimension angenommen, insbesondere in Darfur, wo Milizionäre der „Rapid Support Forces“ (RSF) beschuldigt werden, Zivilisten aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu töten.

Bei den jüngsten Opfern handelt es sich um neun Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit von den RSF auf der Flucht vor dem anhaltenden Konflikt in El Fasher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, in die Stadt Mellit getötet wurden. Seit dem 10. Mai herrschen El Fasher heftige Kämpfe zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF), die von einigen ihrer verbündeten bewaffneten Bewegungen unterstützt werden, und der RSF. Die Kämpfe haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und schwere Schäden an Häusern und ziviler Infrastruktur verursacht.

Die Lage in der Stadt, in der knapp 1,5 Millionen Menschen leben, darunter Einwohner und Binnenflüchtlinge, die dort Zuflucht gefunden hatten, ist dramatisch.

Die RSF setzen ihre Offensive zur Übernahme der Stadt fort und werden beschuldigt, bewohnte Gebiete absichtlich mit schwerer Artillerie zu beschießen, um die Bewohner in die Flucht zu treiben.

Das beharrliche Streben der RSF nach Kontrolle erklärt sich aus der Tatsache, dass Nord-Darfur mit seiner Hauptstadt der einzige Teil der Region Darfur ist, der bisher noch nicht von der RSF kontrolliert wird. Seit Ende letzten Jahres haben die RSF die Kontrolle über vier der fünf Staaten in der Region Darfur übernommen: Süd-, West-, Zentral- und Ost-Darfur.

Die Eroberung von El-Fasher würde den RSF die Möglichkeit geben, Stellungen der regulären Armee im Nordsudan anzugreifen und sich mit Hilfe russischer Söldner über Libyen zu versorgen.

Die lokale Bevölkerung und insbesondere die Masalit werden beschuldigt, sich auf die Seite der regulären Armee gegen die überwiegend arabische RSF zu stellen.

Nichtarabische Bevölkerungsgruppen wie die Masalit, Zaghawa und Furs sind seit mehr als 20 Jahren das Ziel von Angriffen der RSF und ihres Vorläufers, der Janjawee-Miliz. Als im April 2023 der Krieg zwischen den von General Abdel Fattah al-Burhan befehligten regulären Armee und der von Mohamed Hamdan "Hemedti" Dagalo geführten RSF ausbrach, griffen letztere erneut die nichtarabische Bevölkerung in Darfur an.

Einige der bewaffneten Gruppen in der Region schlossen sich zusammen, um die Angriffe von Hemedtis Kämpfern abzuwehren, und bildeten die „Darfur Joint Force“. Ursprünglich handelte es sich um ein neutrales Bündnis, das mit dem Schutz von el-Fasher beauftragt war. Der Gouverneur von Darfur, Minni Minnawi, ein ethnischer Zaghawa, übernahm die Führung der Formation, der die „Minnawi's Sudan Liberation Movement“, die „Justice and Equality Movement (JEM)“, die „Sudanese Alliance und die Gathering of Sudan Liberation Forces“ angehören. Im November 2023 stellten sich Minnawi und JEM-Führer Gibril Ibrahim auf die Seite der regulären Armee. Beide Milizen sind in Kämpfen um die Kontrolle von el-Fasher verwickelt.

Drei weitere Gruppen (Sudanese Alliance, Gathering of Sudan Liberation Forces, Sudan Liberation Movement-Transitional Council) haben sich in dem Konflikt bisher neutral verhalten und sich auf den Schutz der Zivilbevölkerung in el-Fasher konzentriert.

(L.M.) (Fides 5/6/2024)

# Syrien: "Die meisten Christen werden an den geplanten Kommunalwahlen nicht teilnehmen"

so die Aussage von Erzbischof Joseph Chami

Qamishli (Fides) – „Die Situation ist kompliziert. Die Christen sind nicht glücklich. Die meisten von ihnen erkennen die Legitimität und den Wert der für den 11. Juni einberufenen Kommunalwahlen nicht an und werden nicht zur Wahl gehen“, berichtet der syrisch-katholische Erzbischof von Hassakè-Nisibi, Joseph Abdel Jalil Chami, mit Blick auf den Urnengang, der im Nordosten Syriens von der sogenannten Demokratischen Autonomen Verwaltung der Region Nord- und Ostsyrien (Democratic Autonomous Administration of the Region of North and East Syria, DAARNES) angesetzt wurde. Dabei handelt es sich um eine "de facto" autonome Verwaltungseinheit, die von der syrischen Regierung nicht anerkannt ist, von kurdischen Kräften dominiert wird und teilweise von den USA militärisch unterstützt wird.

Um ihrer "faktischen" Autonomie Form und politische Substanz zu verleihen wurden für Dienstag, den 11. Juni, Kommunalwahlen in 121 Gemeinden in den sieben Kantonen der "Autonomen Region" angesetzt. Auf dem Papier sind rund 6 Millionen potenzielle Wähler zu den Urnen gerufen. Die Verwaltung der Autonomen Region hat kürzlich einen "neuen Gesellschaftsvertrag" verabschiedet, um ihr politisches Konzept zu verdeutlichen, in dem sie zur Koexistenz und Einheit der Menschen in der Region aufruft. Von den Kräften, die DAARNES kontrollieren, werden die Kommunalwahlen als ein wichtiger Schritt zur Entwicklung des demokratischen Systems und zur Stärkung der lokalen und regionalen autonomen Verwaltungen dargestellt.

Es wird erwartet, dass mehr als 5.000 Kandidaten an den Wahlen teilnehmen werden - berichten Quellen, die so genannten Autonomen Region nahe stehen - und insgesamt 43 politische Parteien, von denen einige sich als christlich bezeichnen (wie z.B. die Assyrische Demokratische Partei). Der syrisch-katholische Erzbischof Joseph Chami, der über die Lage der Christen in der Region spricht, betont gegenüber Fides: "Die Situation ist weiterhin schwierig. Viele Männer und Jungen werden zum Militärdienst eingezogen und in die kurdischen Milizen eingegliedert. Beschlagnahmungen und illegale Aneignungen von Privateigentum wie Häuser und Grundstücke, die christlichen Eigentümern gehören, gehen weiter. Und überlebenswichtige Dienstleistungen wie Wasser und Strom sind nicht gewährleistet".

In den letzten Tagen haben der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und andere türkische Politiker direkte Interventionen in der Region angekündigt, falls Wahlpläne, die die territoriale Integrität Syriens in Frage stellen, weiterverfolgt werden. Am Freitag, den 31. Mai, gab auch die US-Botschaft in Damaskus eine Erklärung ab, in der sie betonte, dass die Bedingungen für "freie, transparente, faire und integrative" Wahlen im Nordosten Syriens derzeit nicht gegeben seien, und forderte die führenden Kräfte der Region auf, die Durchführung der Kommunalwahlen zu verschieben. (GV) (Fides 4/6/2024)

# Weltweit: Selbstzensur –ein gefährlicher Trend

## Unser AKREF-Mitarbeiter Mag. Josef Jäger hat einen wichtigen Beitrag für den Allianzspiegel der Österreichischen Evangelischen Allianz geschrieben:

AKREF-A/04/06/2024 - Immer mehr Antidiskriminierungsgesetze und Gesetze gegen Hassrede werden verabschiedet, um vor Diskriminierung zu schützen und einen rücksichtsvollen Umgang mit anders Denkenden zu fördern. Die Straftatbestände bleiben jedoch oft unklar formuliert oder gar nicht definiert, was der willkürlichen Auslegung Tür und Tor öffnet, ganz im Sinne einiger politischer Akteure und aggressiver Lobbys, die die freie Meinungsäußerung auf „politisch korrekte“ Inhalte einschränken wollen. Das hat zu einem gesellschaftlichen Klima geführt, das viele Christen veranlasst, sich zu Standpunkten, die von in ihrem Glauben begründet sind, zurückhaltend zu äußern – z.B. zu Ehe, Familie, Sexualethik und generell mit dem öffentlichen Bekenntnis zu ihrem Glauben.

Gerichtsverfahren gegen Christen, die wegen Äußerungen über ihre Glaubensüberzeugungen strafrechtlich verfolgt werden, unter anderem im Vereinigten Königreich, in Finnland und Deutschland haben eine abschreckende Wirkung, so dass Christen in zunehmendem Maß Selbstzensur üben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die meisten bisherigen Gerichtsentscheidungen ausgewogen waren und daher zu Freisprüchen führten. Verstärkt wird die Motivation zur Selbstzensur durch das tatsächliche oder subjektiv empfundene Risiko, durch die freie Meinungsäußerung den Arbeitsplatz zu verlieren. Davon betroffen sind unter anderem Lehrpersonen, die sich zur Schöpfung bekennen, die Idee ablehnen, man könne sein Geschlecht selbst bestimmen, und medizinisches Personal, das nicht bereit ist, an Abtreibungen mitzuwirken.

Die Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung von Christen in Europa (OIDAC Europe) hat in Zusammenarbeit mit der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Lateinamerika und dem Internationalen Institut für Religionsfreiheit eine Studie erstellt, in der die Befragten von einem ansteigenden Druck auf Christen berichteten, den kulturellen Normen zu entsprechen, wodurch Stimmen für konservative Sichtweisen der Gesellschaft zum Schweigen gebracht werden. Es scheint, als hätten sich die Christen daran gewöhnt, über ihre Ansichten zu schweigen, wenn diese vom Mainstream abweichen. Fast alle Befragten beklagten die allgemeine Apathie westlicher Christen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht entschieden gegen die Einschränkung ihrer Religionsfreiheit aussprechen. Dies gilt sowohl für den Einzelnen als auch für die Kirchen. Christliche Leiter haben mehr Freiheit, sich frei zu äußern, aber sie machen nicht immer davon Gebrauch und entziehen sich damit der Verantwortung für die ihnen anvertrauten Gläubigen. Wenn es keine Gegenstimmen mehr gibt, werden die Politiker ermutigt, die Anliegen der Christen zu ignorieren. Besondere Verantwortung haben in diesem Zusammenhang Lehrpersonen oder Erzieher, die selbst Christen sind, da der Anpassungsdruck an Schulen und Universitäten besonders hoch ist. Online Statements gegen Schüler und Studenten von Mitschülern und Mitstudenten, die sich selbst für tolerant und progressiv halten, gleichen inzwischen oft medialen Hinrichtungen.

Wir haben keinen Grund, uns der vorherrschenden, oft aggressiv vertretenen säkulären Weltanschauung anzupassen oder uns aus Debatten zurückzuziehen, weil es Gegenwind gibt. Jesus hat nicht verschwiegen, dass es Widerstand geben würde und ermutigt uns, unser Licht leuchten zu lassen, damit die Menschen unseren Vater im Himmel preisen. Durch mutiges Eintreten für christliche Werte und für die Opfer säkularer Intoleranz stärken wir unsere Glaubensgeschwister, die aufgrund ihrer Überzeugung Nachteile erlitten haben oder versucht sind, Selbstzensur zu üben. Um von unseren säkular geprägten Mitmenschen wahrgenommen zu werden, ist es entscheidend, dass wir uns nicht in erster Linie auf religiöse Dogmen berufen, sondern auf die geltende Rechtslage und insbesondere die Menschenrechte, die für alle Menschen gelten. Die Argumentation muss auf zuverlässigen und ausgewogenen Informationen beruhen und darf auf keinen Fall anklagend oder herablassend vorgebracht werden, sondern im Geist der Liebe. Wer ein potentiell Risiko von Gerichtsverfahren für sich sieht – insbesondere auch Arbeitsgerichtsverfahren zur Abwehr ungerechtfertigter Entlassungen – könnte den Abschluss einer Rechtsschutzversicherung in Erwägung ziehen, wobei darauf zu achten ist, dass auch Arbeitsgerichts-Rechtsschutz inbegriffen ist. Bei Vertragsabschluss darf kein Verfahren anhängig oder auch nur angedroht sein.

### Wenn es einmal brennt...

können sich Betroffene, die sich in ihren Grundrechten auf Religions-, Gewissens-, oder Meinungsfreiheit verletzt fühlen, an ADF International (Alliance Defending Freedom) in Wien wenden. Für Hinweise auf Einzelfälle oder für die Bitte um Unterstützung steht unter [adfinternational.org/contact/](https://adfinternational.org/contact/) ein Kontaktformular zur Verfügung (bitte bei „Subject of Inquiry“ „Legal help“ auswählen). Das Formular kann in deutscher Sprache ausgefüllt werden. ADF verfügt über umfangreiche Kontakte zu Rechtsanwälten, die im Streitfall unterstützen können.

Da Fälle der Diskriminierung von Christen oft medial verschwiegen werden, ist es besonders wichtig, diese auch ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Diese Möglichkeit bietet das Observatory on Intolerance and Discrimination Against Christians in Europe (<https://www.intoleranceagainstchristians.eu/>; [observatory@intoleranceagainstchristians.eu](mailto:observatory@intoleranceagainstchristians.eu)) mit Sitz in Wien. Diese Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, Fälle von Intoleranz und Diskriminierung von Christen zu dokumentieren und auf der Grundlage zuverlässiger und objektiver Daten an die Öffentlichkeit, sowie an Politiker und internationale Institutionen zu tragen. Auf der nur in englischer Sprache verfügbaren Website findet sich ein Button „Report a Case“ (Einen Fall melden), der selbstverständlich auch für Meldungen auf Deutsch benutzt werden kann.

Quelle: [https://www.evangelischeallianz.at/fileadmin/Downloads/Allianz\\_Spiegel/as\\_147\\_ZukunftGestaltenWEB.pdf](https://www.evangelischeallianz.at/fileadmin/Downloads/Allianz_Spiegel/as_147_ZukunftGestaltenWEB.pdf) (S.14f.)

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]